

2.2023

WEIT WINKEL

SODI!

Sustainable Development Goals Spezial
Fünf Jahre Weitwinkel



Alles nach Plan?

– Globale nachhaltige Entwicklung

**Die Transformation
geht nicht voran**

OLIVER HASENKAMP

**Vorbilder
für die Community**

MIHAJLO JOVANOVIĆ

**Wir brauchen
keine Großprojekte!**

PAUL DIVAKAR NAMALA

Inhalt

- 3 Editorial**
Mario Pschera
- 4 Die Transformation geht nicht voran**
Oliver Hasenkamp
- 8 Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor**
Eva-Maria Reinwald und Ulrike Lohr
- 11 Hunger lässt sich besiegen**
Interview mit Saranyadevi Sarniya und Ramaswamy Ranganathan
- 14 Agenda 2030: Halbzeit**
Judith Hermann und Eileen Roth
- 17 Vorbilder für die Community**
Interview mit Mihajlo Jovanović
- 19 Bildung als Schlüssel**
Pia Paust-Lassen
- 23 Wir brauchen keine Großprojekte!**
Interview mit Paul Divakar Namala
- 25 Die Agrargemeinschaft packt's**
Frederik Schulze-Hamann

WEITERLESEN:

- 7** Druck machen! Wie Politik und Wirtschaft wesentlich Umwelt und Klima schädigen – und was wir wirksam dagegen tun können

Hinweis: Der Artikel auf S. 14 ff. ist nur in der Online-Ausgabe verfügbar.

Liebe Leser*innen

dies ist die 9. und gleichzeitig die Jubiläumsausgabe unseres Magazins Weitwinkel, mit dem wir Ihnen seit fünf Jahren entwicklungspolitische Themen entlang der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen aus verschiedenen Perspektiven, gerade auch von Akteur*innen aus dem Globalen Süden, nahebringen. Unseren Autor*innen ist es ein ums andere Mal gelungen, Erfahrungsberichte, Analysen und Geschichten des Engagements für eine gerechtere Welt einzubringen, die einzelnen Nachhaltigkeitsziele, oft jenseits der formalen Unterziele und ihrer messbaren Indikatoren, verständlich zu machen. Ihre Beiträge haben zur kritischen Reflektion und Diskussion der jeweiligen im Fokus stehenden Nachhaltigkeitsziele und ihrer spezifischen Unterziele angeregt. Bei der Leserschaft, aber eben auch bei SODI selbst, kann ich als an sechs von bisher neun Ausgaben des Weitwinkels Beteiligte aus der »Redaktionsstube« berichten.

2023 ist die Hälfte der Zeit abgelaufen, in der die Vereinten Nationen die Ziele der Agenda 2030 erreichen w/sollten. Dies nehmen wir in unserer Jubiläumsausgabe zum Anlass, mit unseren Autor*innen die Nachhaltigkeitsagenda und den Zwischenstand ihrer Erreichung insgesamt zu betrachten und uns vor Augen zu führen, was jetzt erst recht unternommen werden kann und muss. Im Sport markiert die Halbzeit eine Pause, (für die Spieler*innen und Zuschauer*innen,) eine solche Pause können wir uns bei der Umsetzung der SDGs jedoch nicht gönnen, denn – wie es eine Kollegin formuliert: »we fail big time« – wir versagen gewaltig. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Antonio Guterres zog beim SDG-Gipfeltreffen der VN in New York im September 2023 eine entsprechend ernüchternde Bilanz: »Der mangelnde Fortschritt bei den SDGs ist universell, aber es ist überdeutlich, dass die Entwicklungsländer und die ärmsten und verletzlichsten Menschen der Welt die Hauptlast unseres kollektiven Versagens tragen. Dies ist eine unmittelbare Folge globaler Ungerechtigkeiten, die Hunderte von Jahren zurückreichen, sich aber bis heute fortsetzen.« Staaten ermahnen sich nun gegenseitig, dass erhebliche Anstrengungen vonnöten seien, um zumindest partiell die gesteckten Ziele bis 2030 zu erreichen. Aber selbst, wenn wir uns vorstellen, dass von nun an alle Akteur*innen an einem Strang ziehen, sind die Ziele nach Expertenmeinung nicht mehr zu erreichen. Insbesondere die menschengemachte Klimakrise wird bis heute nicht mit der notwendigen Entschlossenheit zur grundlegenden Transformation bekämpft und ihre Folgen werden nicht wirksam aufgefangen. Mit jeder Unterlassung, jedem Nichtstun verschärfen sich diese weiter, wird die Klimakrise noch gravierender und schwerer beherrschbar, die Nachhaltigkeitsziele noch unerreichbarer. Und, wie Guterres richtig feststellt; die Folgen dieses Versagens sind überaus ungerecht auf die Weltgemeinschaft verteilt. In dieser Weitwinkel-Ausgabe werden Sie entmutigende Zahlen, kritische Analysen und skeptische Bewertungen des SDG-Prozesses lesen, aber auch Beispiele, wie in benachteiligten Regionen dieser Welt ganz praktisch an ihrer -nachhaltigen- Zukunftsfähigkeit und für ein besseres Leben der Menschen vor Ort gearbeitet wird.

Es geht darum aufzurütteln, nicht etwa darum, den SDG-Prozess und die Nachhaltigkeitsagenda an sich zu verurteilen oder abzulehnen. Denn dieser ist, trotz aller Kritik, das Beste, was die Weltgemeinschaft zur Zeit hat, um die globalen Krisen anhand einer abgestimmten Agenda zu bearbeiten, um positive wie negative Entwicklungen messen zu können und – ganz wichtig: endlich ernsthafte Anstrengungen zur Erreichung der Vision einer gerechten Welt, in der Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (die Kernbotschaften der Agenda) im Mittelpunkt stehen, einzufordern! Vor dem Hintergrund der multiplen Krisen, die sich auf unserem Planeten derzeit gleichzeitig ereignen, wäre ein Nichtweiterverfolgen der SDG-Idee fatal, (wieder) aufbrechende Konflikte und ausbrechende Kriege sind schwierige Voraussetzungen für einen neuen gemeinsamen Nenner einer nachhaltigen Zukunftsvision! Die ernüchternde Halbzeitbilanz ist also ein Aufruf zum Handeln an uns alle! Unterstützen Sie auch weiterhin SODI dabei, diesen Weg gemeinsam mit seinen Partnern im Globalen Süden zu verfolgen!

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Anna Goos
Geschäftsführerin SODI



EDITORIAL

»Das Konzept der Nachhaltigkeit muss anthropozentrisch gedacht werden. Denn letztlich geht es darum, wie wir als Menschen nachhaltig überleben können ... Nur wir Menschen können unsere Produktionsweise ändern. Wir können nicht die Naturgesetze ändern, aber wir können ändern, wie wir produzieren und leben... Gesellschaft ist durch ihren Stoffwechsel mit der Natur bedingt, kann sich aber innerhalb dieses Rahmens auf unterschiedliche Art und Weise entwickeln.«

Der japanische Philosoph Kohei Saito hat im Interview mit dem Wiener »Tagebuch« ein böses Wort benutzt – Veränderung: Es lässt die politischen Debatten in Deutschland hochkochen und spiegelt sich in Wahlergebnissen wider. Eine Politikerin beschwört in allem Ernst: »Wir lassen uns das Schnitzel nicht wegnehmen.« Oder den SUV, das Häuschen auf versiegeltem Boden, die Öl- oder Gasheizung. Alles soll bleiben, wie es ist, allenfalls dürfen sich die anderen, ganz weit weg, ändern. Für die ändert sich in der Tat viel, ungewollt und zum Schlechteren. Durch zunehmende Dürren, Stürme, Überschwemmungen, Hitze. Etwas davon kommt gewiss auch in Europa an, eine Ahrtaflut, ein wenig Gletscherschmelze in den Alpen (50 Prozent Verlust seit 1900), Wassernot in der Landwirtschaft, Ernteaussfälle etc. Aber dafür gibt es sicher künftige technologische Lösungen, wenn es sein muss, eine Übersiedlung auf den Mond. Elon Musk arbeitet daran.

Zweifelsohne werden große Anstrengungen unternommen, der globalen Krise mit den Instrumentarien unserer vorherrschenden Produktionsweise zu begegnen, etwa durch die Umstellung auf »Grüne Energie« oder den CO₂-Zertifikatshandel, der den Ausgleich zwischen Emissionen und dem Schutz von Waldgebieten als CO₂-Speicher herstellen soll. Energieunternehmen oder auch der VW-Konzern kompensieren ihren Ausstoß mit börsengehandelte Papieren. Für jeden Flug kann man sich »Klimaneutralität« erkaufen. Produkte werden als »klimaneutral« beworben, die erkennbar nicht das Ergebnis natürlicher Stoffkreisläufe sind. Bevorzugt werden als CO₂-Speicher Schutzgebiete in etwa Kambodscha, Ghana oder Peru ausgewiesen, für die ein Wert an Nichtemission bzw. Speicherung berechnet

wird, nach dem sogenannte Carbon Credits ausgegeben werden. Diese Werte sind jedoch recht spekulativ. Sie berücksichtigen nicht Ereignisse wie Waldbrände, nicht die Abwanderung von Abholzung in angrenzende Gebiete. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung konzentrieren sich die meisten Schutzprojekte darauf, das Verhalten der meist ärmsten Gemeinschaften der Welt zu ändern – durch Waldbewirtschaftungsverbote, Enteignung von (Klein-) Ackerflächen, Vertreibungen. Schutzprojekte, in denen lokale Gemeinden etwa durch alternative Koch- und Heizquellen unterstützt werden, sind in der Minderzahl. Nicht in die Verantwortung genommen werden Emissionstreiber wie die Holzindustrie oder der Bergbau. Unabhängige Forscher kritisieren, dass die Klimaschutzerwartungen im Schnitt deutlich über den tatsächlichen Wirkungen liegen. Was den Zertifikatshandel nicht stört, der in zwei Märkte aufgeteilt ist: einen »verpflichtenden« wie etwa nach dem staatlich regulierten EU-Emissionshandelssystem. Daneben gibt es den »freiwilligen Markt«, auf dem Credits aus Schutzgebieten privater Projektentwickler gehandelt werden. In dem Bericht wird die Klimaanalytikerin Juliette de Grandpré vom New Climate Institute mit den Worten zitiert: »Diese Märkte sind komplett unreguliert, es gibt keine staatliche Überprüfung. In dieser Parallelwelt kann man machen, was man will.«

Es scheint nicht so zu funktionieren mit den Instrumentarien der Kapitalverwertungsökonomie. Das lässt sich hochrechnen auf die maue Bilanz des SDG-Halbzeitgipfels. Eine Ursache sind sicher die aufflammenden Kriege, die nun aber nicht für Ruhm und Vaterland geführt werden. Sie dienen der Aufrechterhaltung einer extraktiven Wirtschaftsordnung, die, da sie eben nicht der

Allgemeinheit dient, der autoritären Herrschaft bedarf. Was kümmert es, wenn in der Sahelzone Krieg herrscht und die staatlich subventionierte Wagner-Söldnertruppe sich die Waffenhilfe mit Anteilen an Lagerstätten und Gold bezahlen lässt, wenn in Sibirien Wälder brennen, Diktaturen wie in Aserbaidschan oder den Emiraten hoheitlich werden, solange nur »unsere« Autos günstig mit Kraftstoffen betankt werden und »wir« unseren Exportspitzenplatz halten können. Audi hatte schon 1989 mit der Einführung des Zwei-Liter-Autos geworben. Seither wurden die PKWs immer größer, höher, schwerer. Der Kraftstoffverbrauch eines Mittelklassewagens liegt heute im Durchschnitt bei 5,3 Litern. Und die Zahl der Fahrzeugneuzulassungen steigt und steigt.

Dass die Menschenrechte unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen, gerechteren Weltordnung sind, darauf weist Paul Divakar Namala im Interview hin. Sie sind nicht abstrakt, sondern das konkrete Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, wie in den SDG-Zielen benannt. Entscheidungen, die die Allgemeinheit betreffen, sollten auch von der Allgemeinheit getroffen werden. Um wieder auf Kohei Saito zu verweisen: Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden. Nicht auf das Recht einiger weniger in privilegierten Ländern, Schnitzel, SUV und Altheizung behalten zu dürfen, ist abzustellen, sondern auf das Recht aller, auch künftiger Generationen, ein lebenswertes Leben zu führen. Das heißt nicht, Verlust und Verzicht zu predigen, sondern die Aussicht auf ein anderes, nicht von Geldsorge getriebenes Leben zu eröffnen.



OLIVER HASENKAMP

Groß waren die Erwartungen an die Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der Weltgemeinschaft. Das Versprechen war größer als der politische Wille zur Umsetzung.

Die Transformation geht nicht voran: eine ernüchternde Bilanz der Agenda 2030

Im Jahr 2015 haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Die Agenda, die sich selbst als globaler Aktionsplan für den Menschen, den Planeten und den Wohlstand bezeichnet, beschreibt, wie ein besseres Leben für alle Menschen im Jahr 2030 aussehen soll. Doch noch sind wir sehr weit von der Umsetzung der Vision entfernt.

Die Überwindung von Armut und Hunger, ein universeller Zugang zu Wasser, Bildung und guten Gesundheitssystemen, Geschlechtergerechtigkeit, die Reduzierung von Ungleichheiten sowie der Klima- und Umweltschutz: Das sind nur einige der Ziele, zu denen sich die Staats- und Regierungschefs der Welt bekannt haben, als sie in der UN-Generalversammlung die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedeten. Kernelement der Agenda sind 17 Ziele, die überwiegend bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen, um allen Menschen weltweit eine nachhaltige Entwicklung und damit ein besseres Leben zu ermöglichen.

Diese Ziele setzen sich aus insgesamt 169 Zielvorgaben zusammen, die möglichst konkret beschreiben, welche Veränderungen und Fortschritte erzielt werden sollen. So gut sich die übergeordneten 17 Ziele für eine breite öffentliche Kommunikation eignen, so sinnvoll ist für ein tiefergehendes Verständnis der Agenda 2030 der Blick auf diese einzelnen Zielvorgaben. Häufig gehen diese weit über die manchmal etwas plakativen Titel der übergeordneten Ziele

hinaus. Die große Anzahl der Zielvorgaben und auch die im Vergleich zu früheren Entwicklungsagenden wie den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) große Anzahl der übergeordneten Ziele war vor allem in den ersten Jahren nach Verabschiedung der Agenda 2030 ein häufiger Kritikpunkt. Tatsächlich ist es sowohl für Staaten, insbesondere für kleinere Länder mit geringen personellen und organisatorischen Ressourcen eine nicht zu unterschätzende Herausforderung, die Komplexität der Agenda 2030 nachzuverfolgen und vollständig abdecken zu können. Aber gerade deshalb, aufgrund ihres Umfangs, wird die Agenda 2030 der (noch) komplexe(n) Wirklichkeit besser gerecht als viele andere Rahmenwerke der internationalen Politik.

Zusätzlich zu den Unterzielen gibt es für jedes SDG außerdem noch eine Reihe von Indikatoren, mithilfe derer die Umsetzung der gesetzten Ziele gemessen werden soll. Das ist gar nicht so einfach, weil sowohl vergleichbare und verlässliche Daten fehlen und die Wahl der Indikatoren auch ein bis heute umstrittener politischer Prozess ist, aber auch, weil die Messung mit Indikatoren immer nur einen kleinen Ausschnitt der großen und komplexen Realität darstellen kann. Auch wenn einzelne der Zielvorgaben uneindeutig formuliert sind, so ist ihre für internationale Abkommen eher ungewöhnlich große Konkretheit und Detailtiefe sowie das Bestreben um Messbarkeit der Fortschritte doch eine der großen Stärken der Agenda 2030.

Massive Missstände in der Umsetzung

Von Anfang an war klar: Um die SDGs zu erreichen, braucht es nicht nur das Justieren kleiner Stellschrauben und nicht nur neue Einzelmaßnahmen, sondern überall auf der Welt grundlegende politische Veränderungen und ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken. Deshalb steht die Agenda 2030 auch unter dem Titel »Transformationen unserer Welt«. Anders ausgedrückt, braucht es gerade in einem wirtschaftlich bereits stark entwickelten Land wie Deutschland nicht nur eine nachhaltige Entwicklung, sondern eine Entwicklung hin zu nachhaltigerem Handeln und einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise.

Sieben Jahre nach der Verabschiedung der Agenda müssen wir feststellen, dass diese grundlegenden Transformationen bisher ausgeblieben sind. Obwohl im Jahr 2023 bereits die Hälfte des Umsetzungszeitraums bis zum Jahr 2030 verstrichen ist, sind wir noch sehr weit davon entfernt, die SDGs zu erreichen. Die Vereinten Nationen (UN) sprechen davon, dass global durchschnittlich erst 12% der Ziele erreicht worden sind. Bei den allermeisten Zielen sind wir nicht ansatzweise auf dem Weg, diese bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das ist eine dramatische Zwischenbilanz, denn hinter diesen nüchternen Zahlen stehen konkrete menschliche Schicksale. Noch immer leben laut Zahlen der UN mehr als 650 Millionen Menschen in extremer Armut und leiden 10% der Menschheit unter akutem Hunger. Noch immer werden Frauen und Männer ungleich bezahlt, Menschen an

ihrem Arbeitsplatz ausgebeutet und schreit der Klimawandel ungebremsst voran – mit fatalen Folgen nicht nur bereits heute, sondern vor allem auch für die Lebens- und Entwicklungschancen junger Menschen und zukünftiger Generationen. In einigen Bereichen wie der Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt, in denen zuvor jahrzehntelang Fortschritte erzielt worden sind, erleben wir in den letzten Jahren sogar Rückschritte.

Die Ursachen für den schlechten Umsetzungsstand sind vielfältig. Zurecht wird häufig auf Krisen wie die Corona-Pandemie oder die Folgen des Kriegs gegen die Ukraine verwiesen. In der Tat haben diese Ereignisse die Ausgangslage weiter verschlechtert. Die Pandemie war weit mehr als eine Gesundheitskrise. Nach UN-Zahlen hat die Pandemie etwa vier Jahre Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte gemacht. Aber auch bei der Umsetzung von SDG 4 zu Bildung oder von SDG 10 zur Reduzierung von Ungleichheiten hat sie uns weit zurückgeworfen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung hat vielerorts gelitten – mit negativen Folgen für die Staatshaushalte. Der Spielraum für Investitionen in wichtige Transformationsbereiche und in die Entwicklungszusammenarbeit ging zurück. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass es neben dem menschlichen Leid und den negativen Folgen, die der Krieg im unmittelbaren Konfliktgebiet verursacht, auch negative Folgewirkungen – etwa auf die Ernährungssicherheit – an ganz anderen Orten der Welt gibt.

Dennoch wäre es fatal, diese miteinander verwobenen »Polykrisen« als einzige oder zentrale Ursache des schlechten Abschneidens zu betrachten. Denn auch vor dem Ausbruch der Pandemie waren wir bereits weit ab von dem Weg, die SDGs zu erreichen. Vielmehr gibt es strukturelle Herausforderungen und mangelnden politischen Willen, die notwendigen Veränderungen und vor allem die damit möglicherweise einhergehenden Einschränkungen herbeizuführen. Viele systemische Herausforderungen und die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen bestehen fort. Tatsächlich lassen sich die oben genannten Krisen, insbesondere die Corona-Pandemie, auch nicht losgelöst von diesen strukturellen Problemen betrachten. Gerade die Zerstörung von Lebensräumen, der innerhalb der Agenda 2030 etwa mit SDG 15 entgegengewirkt werden soll, beschleunigt

das Entstehen von Pandemien. Hätten wir vor Ausbruch der Pandemie bereits größere Fortschritte bei der SDG-Umsetzung gemacht, wären manche Folgen möglicherweise weniger dramatisch gewesen, weil die Resilienz und Belastungsfähigkeit von Menschen und Sozialsystemen hoch genug gewesen wäre. Ein Unterziel von SDG 3 beinhaltet beispielsweise auch das Zurverfügungstellen von Impfstoffen in wirtschaftlich ärmeren Ländern – was in der Pandemie nur sehr schleppend erfolgte. Noch deutlicher wird dies beim Blick auf den Klimawandel. Dieser ist ein Brandbeschleuniger für viele der globalen Herausforderungen – von der Ernährungssicherheit (SDG 2) über die Entstehung von Konflikten (SDG 16) bis hin zu verlässlicher Infrastruktur (SDG 9), um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Die Folgen des Klimawandels erschweren das Erreichen der SDGs deutlich.

Eine wichtige Agenda trotz großer Herausforderungen

Trotz ihrer guten Ziele bleibt die Agenda 2030 bisher also vor allem eine Vision. Das hängt auch damit zusammen, dass die Agenda einen eher unverbindlichen Charakter hat. Als Beschluss der UN-Generalversammlung ist die Umsetzung völkerrechtlich nicht bindend, und es gibt es keine Sanktionen gegen Staaten, welche die Ziele nicht umsetzen oder ihnen gar zuwiderhandeln. Die Agenda 2030 stellt vor allem einen Rahmen dar, der erst mit konkreten politischen Maßnahmen gefüllt werden müsste – was bisher noch nicht gelungen ist. Ist die Agenda 2030 also gescheitert? Lässt sich schon zur Halbzeit der SDGs festhalten, dass der Ansatz einer gemeinsamen globalen Vision wie der Agenda 2030 nicht funktionieren kann?

Die Weltgemeinschaft ist ohne Frage daran gescheitert, die notwendigen Veränderungen, die unter anderem mit wirtschaftlichen Einschnitten gerade in reicheren Ländern einhergehen müssten, vorzunehmen. Die notwendigen Reformen der globalen Finanzinstitutionen zum Abbau der Diskriminierung wirtschaftlich schwächerer Staaten sind bisher ausgeblieben. Aber es wäre falsch, die Agenda 2030 als eine ideale Vision zu bezeichnen. Wie alle internationalen Beschlüsse ist sie das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses mit verschiedenen Kompromissen. Doch auch wenn wir allen Grund haben, den äußerst ernüchternden

Umsetzungsstand kritisch zu betrachten, stünde die Welt ohne die Agenda 2030 möglicherweise noch schlechter da. Allein die Tatsache, dass sich 193 Staaten auf gemeinsame Ziele einigen konnten, unter denen sich einige durchaus revolutionäre Gedanken für die internationale Politik befinden, ist ein Erfolg.

Wie bereits erwähnt, stehen hinter den SDGs und hinter allen nüchternen Zahlen konkrete menschliche Schicksale. Selbst wenn es schwierig wird, die SDGs in ihrer Gesamtheit weltweit noch zu erreichen, ist es richtig und wichtig, sich weiter für Fortschritte einzusetzen. Denn auch vermeintlich kleine Fortschritte können massive Verbesserungen der Lebensverhältnisse von Hunderttausenden oder Millionen von Menschen bedeuten. So frustrierend diese Zahlen allesamt sein mögen, macht es einen Unterschied, ob wir nur 12% oder »immerhin« 15%, 20% oder 50% der SDGs erreichen. Dafür, weiter an den SDGs festzuhalten, spricht auch die derzeitige globale Ausgangslage. Als die Agenda 2030 verabschiedet wurde, sprach man von einem »Momentum des Multilateralismus«, also von einem Höhepunkt der internationalen Zusammenarbeit – sicherlich auch, weil im selben Jahr auch das Pariser Klimaabkommen verabschiedet wurde. Seitdem hat sich die globale politische Situation deutlich verändert: In vielen Ländern sind populistische Regierungen an die Macht gekommen, der Wille zur Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen sind auch schon vor dem Krieg gegen die Ukraine deutlich zurückgegangen. Schon wenige Jahre nach Verabschiedung der Agenda 2030 wäre es vermutlich kaum denkbar gewesen, eine solche Agenda zu verabschieden. Jedes Aufbrechen der Agenda 2030 würde zum derzeitigen Zeitpunkt daher bedeuten, dass wir vermutlich nur noch eine deutlich schwächere neue globale Vereinbarung treffen könnten.

Weitgehendes Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung für alle Menschen

In der Tat finden sich in den SDGs, auch jenseits der konkreten Zielsetzungen, viele gute und richtige Ansätze. An vielen Stellen gehen diese über das Verständnis anderer UN-Prozesse oder auch unser allgemeines Verständnis von »Nachhaltigkeit« hinaus. Unter Nachhaltigkeit wird gemeinhin das Zusammendenken ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Aspekte verstanden.

Dieser Gedanke findet sich in der Agenda 2030 wieder. Unter den SDGs finden sich sowohl soziale und ökologische als auch wirtschaftliche Ziele, wobei viele der SDGs mehrere Dimensionen explizit in den Blick nehmen. Ein gutes Beispiel dafür ist SDG 6, das trotz des Titels »Sauberes Wasser und Sanitärversorgung« nicht nur ein soziales Ziel ist, sondern auch viele ökologische Vorgaben beinhaltet. Ebenso steckt etwa in SDG 14, das zumeist unter den Titel »Leben unter Wasser« firmiert, weit mehr als der Schutz von Meereslebewesen, sondern auch Zielsetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung für Menschen in Küstenregionen. Die SDGs unterstreichen damit die Vernetzung verschiedener Politikbereiche. Dabei geht die Agenda 2030 über den klassischen »Dreiklang von Nachhaltigkeit« aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten hinaus, indem sie mit SDG 16 explizit auch ein Ziel zu Frieden und Rechtsstaatlichkeit und mit SDG 17 ein Ziel zum Wert von Partnerschaften beinhaltet. Im Englischen spricht man daher von fünf »Ps« als Pfeiler der Agenda: People (die Menschen = die soziale Dimension), Planet (der Planet = die ökologische Dimension), Prosperity (Wohlstand = wirtschaftliche Dimension), Peace (Frieden) und Partnerships (Partnerschaften).

Auch wenn die Agenda 2030 es vermeidet, eine klare Definition von nachhaltiger Entwicklung vorzugeben, geht sie weit über die bis heute gängige Definition durch die Brundtland-Kommission der UN hinaus, die nachhaltige Entwicklung im Jahr 1987 als »eine Entwicklung« bezeichnete, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.« Während dieser Definition über den Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit vor allem ein zeitliches Verständnis von Gerechtigkeit zu Grunde lag, zielt die Agenda 2030 explizit darauf ab, geografische und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu reduzieren, wie etwa SDG 5 zu Geschlechtergerechtigkeit und SDG 10 zur Reduzierung von Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Ländern zeigen. Das zeigt sich auch an dem Anspruch der Agenda, dass Fortschritte für alle Menschen erzielt werden sollen. Deshalb steht die Agenda 2030 unter dem Motto »niemanden zurücklassen«. Mit diesem Anspruch hat die Staatengemeinschaft versucht, aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen. Denn die Vorgängerziele

haben durchaus dazu geführt, dass an einigen Orten der Welt Entwicklungsfortschritte erzielt worden sind. Häufig waren diese aber sehr ungleich verteilt und haben bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa Frauen und Mädchen, aufgrund struktureller Benachteiligungen in geringerer Weise profitiert oder sind Menschen etwa aus indigenen Gemeinschaften oder Menschen mit Behinderungen ganz von Fortschritten ausgeschlossen worden. In der Formulierung vieler der Unterziele der SDGs findet sich dieser Anspruch, Fortschritte für alle Menschen zu generieren, sehr deutlich wieder.

Eine erste universelle Entwicklungsagenda

Wegweisend ist außerdem vor allem die Universalität der Agenda. Jedes einzelne der SDGs muss von jedem einzelnen Land der Welt umgesetzt werden. Selbst ein nach globalen Maßstäben vergleichsweise reiches Land wie Deutschland ist also ebenso wie jedes andere Land gefordert, etwa die Armut im eigenen Land zu reduzieren. Damit unterscheiden sich die SDGs massiv von den früheren MDGs. Diese galten im Wesentlichen für wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten, während reichere Länder wie Deutschland vor allem gefordert waren, diese Länder bei der Umsetzung entwicklungspolitisch zu unterstützen. Aufgrund dieser Veränderung wurde vor allem nach der Verabschiedung der Agenda 2030 oft die Devise ausgegeben, dass es keine Entwicklungsländer mehr gibt bzw. nun alle Staaten Entwicklungsländer sind. Tatsächlich ist die Aufteilung der Welt in Entwicklungs- und Industrieländer nicht erst seit den SDGs überholt: Nicht nur weil bestimmte Länder Vorreiter in einem Bereich sein können, während sie anderswo hinterherhinken, sondern auch, weil tatsächlich alle Staaten sich verändern müssen, um eine bessere Zukunft für alle zu erreichen. Trotzdem wäre es falsch, die SDGs als Ende der klassischen Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen. Im Gegenteil: Sehr viele Unterziele fordern auch weiterhin, dass reichere Staaten wirtschaftlich schwächere Staaten bei der Umsetzung finanziell und technologisch unterstützen sollen. Gleichzeitig werden Reformen der internationalen Politik und vor allem der internationalen Finanzinstitutionen angestrebt, um eine fairere und gerechtere Möglichkeit zur Beteiligung und zum Zugang zu Finanzen für alle Staaten zu ermöglichen.

Deutschland hat für sich definiert, dass die Umsetzung der SDGs dreierlei bedeutet: Erstens, die Umsetzung der Ziele im eigenen Land; zweitens, die entwicklungspolitische Unterstützung anderer Länder bei der Umsetzung; und drittens die Veränderung unserer eigenen Wirtschafts-, Konsum- und Lebensweise, um negative Effekte auf das Erreichen der SDGs anderswo zu reduzieren. Die Anerkennung, dass nicht nachhaltiges Verhalten an einem Ort der Welt negative Auswirkungen anderswo auf der Welt hat und andere daran gehindert sind, die SDGs zu erreichen, ist eine für die internationale Politik sehr wichtige Errungenschaft der SDGs. Beispiele für diese nicht ortsgebundenen Kosten nicht nachhaltigen Verhaltens sind etwa der Klimawandel, aber auch die Ausbeutung von Arbeitskräften entlang von Lieferketten. In der Fachsprache werden solche negativen Konsequenzen des Handelns auch als »Spill-Over-Effekte« bezeichnet. Diese Effekte müssen noch viel stärker in den Blick genommen werden – nicht nur, weil es um grundlegende Fragen der Gerechtigkeit geht, sondern auch, weil hier viele Potenziale liegen, die Umsetzung der SDGs voranzutreiben, indem man die derzeit noch im Weg stehenden Hindernisse beseitigt.

Prioritäten setzen und Mut zum Handeln

Ein zentraler Gedanke der Agenda 2030 ist, dass ihre Ziele unteilbar sind und zueinander in Bezug stehen. Die Ziele sollen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in ein passendes Gleichgewicht gebracht werden. Zwischen den einzelnen SDGs existieren zahlreiche Synergien, die von der Politik noch stärker genutzt werden müssen, wie auch der von einem unabhängigen UN-Wissenschaftsgremium herausgegebene Global Sustainable Development Report unterstreicht. Aber es gibt auch mögliche Interessenskonflikte bei der Umsetzung. Nimmt man etwa die Ziele zur Überwindung von Armut (SDG 1), zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsbedingungen (SDG 8) und Klimaschutz (SDG 13), wird schnell deutlich, dass die Ziele in einem multidimensionalen Wechselverhältnis zueinanderstehen. Selbst wenn Wirtschaftswachstum gerecht verteilt würde und zur Armutsminderung beitrüge, bliebe ein potenzieller Konflikt zwischen dem Klimaschutz und den oft folgeschweren Auswirkungen von wirtschaftlichem Wachstum bestehen. SDG 13 steht wiederum auch in einem wechselseitigen

Spannungsverhältnis zu SDG 1, da sich sowohl argumentieren lässt, dass Klimaschutz dort, wo Menschen in extremer Armut leben, ein Luxusproblem scheint, wir aber gleichzeitig wissen, dass Menschen in Armut besonders vom Klimawandel betroffen sind und sich dort, wo Menschen aus der Armut herauskommen, häufig ihre Konsumweisen so verändern, dass dies neue Herausforderungen für den Klimaschutz mit sich bringt. Andere Ziele wie etwa SDG 12 zu nachhaltigerem Konsum und nachhaltigerer Produktion, womit beispielsweise die Reduzierung von Abfällen und Schadstoffen oder vermehrtes Recycling gemeint ist, oder SDG 7, das einen allgemeinen Zugang zu Energie, vor allem aber auch die nachhaltige Energieerzeugung anstrebt, skizzieren allerdings Auswege aus diesem Dilemma.

Im Verständnis der Agenda sind alle SDGs gleichberechtigt und können nur gemeinsam erreicht werden. Es lassen sich viele gute Gründe für die Verschränkung und Gleichberechtigung der einzelnen SDGs finden. Sie bergen aber neben der großen Komplexität auch die Gefahr, dass die Politik daran scheitert, die richtigen Prioritäten zu setzen oder aus der Sorge um ungewollte negative Auswirkungen von gut gemeinten Maßnahmen ganz auf notwendige Veränderungen verzichtet. Die formale Gleichberechtigung aller SDGs entbindet uns deshalb nicht davon, mit Blick auf unsere eigenen Länder und Gesellschaften zu erkennen, wo besonders große Missstände existieren und diese mit Priorität zu adressieren. In den wirtschaftlich stärker entwickelten Staaten liegt dieser Handlungsbedarf vor allem im Bereich der sozialen und ökologischen Ziele. Auch hier hilft ein Blick in die konkreten SDG-Unterziele weiter, der deutlich macht, dass das durchaus kontrovers diskutierte SDG 8 zu menschenwürdiger Arbeit und Wirtschaftswachstum vor allem weiteres wirtschaftliches Wachstum in ärmeren Ländern fordert.

Tatsächlich lässt es sich kaum vermeiden, dass auf dem Weg zur Umsetzung der SDGs auch Maßnahmen ergriffen werden müssen, die zur Umsetzung eines Ziels beitragen, anderswo aber möglicherweise Rückschritte und neue Herausforderungen mit sich bringen. Umso wichtiger ist eine gesamtgesellschaftliche und politische Strategie kleiner und großer Maßnahmen, die auszubalancieren sind, will man langfristig

die übergeordnete Vision der Agenda 2030 erreichen. Und Mut zum Handeln, weil dies tiefgreifende Veränderungen bedeutet. Dem steht bisher noch viel zu oft ein Gerangel verschiedener Ressorts und Politikbereiche entgegen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die es bereits seit 2002 gibt und die sich mittlerweile auch an den SDGs orientiert, hat es bisher jedenfalls noch nicht geschafft, ein wirklich handlungsleitendes Gestaltungselement der deutschen Politik zu werden.

Bei der Wahl der richtigen Maßnahmen ist es von entscheidender Bedeutung, auf wissenschaftlichen Rat zu hören. Umso mehr, da die Agenda 2030 sich eben nicht ausschließlich als eine Agenda für Staaten und Regierungen versteht, sondern bewusst anerkennt, dass es das Mitwirken weiterer Akteure wie vor allem der Wirtschaft, aber auch der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und das Handeln von Einzelpersonen braucht. Auch das ist eine wichtige Erkenntnis der SDGs – die die Politik gleichzeitig nicht aus der Verantwortung lassen darf.

Die Umsetzung der Agenda 2030 ist bisher weitgehend gescheitert. Das ist dramatisch, weil damit die Chance vertan worden ist, vielen Menschen bessere Lebensperspektiven zu ermöglichen. Trotzdem ist sie weiter ein wichtiger und an vielen Stellen auch richtig gedachter Handlungsleitfaden, für den wir uns gerade angesichts der Missstände in der Umsetzung umso stärker einsetzen sollten. Wir sollten in den kommenden sieben Jahren alles daransetzen, diese Vision umzusetzen, denn noch fataler als das schlechte bisherige Abschneiden wäre eine vollständige Resignation. Es lohnt sich, für jeden kleinen Fortschritt zu kämpfen. Denn am Ende geht es nicht darum, schöne Ziele in bunten Kästchen zu erreichen, sondern die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern und die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten und der Menschheit zu sichern. Die Agenda 2030 ist dafür derzeit der beste Plan, den wir haben.



OLIVER HASENKAMP
ist Forscher am
GIGA Institute for Asian
Studies und Medien-
beauftragter der DGVN

Weiterlesen

Dass Aktivismus für die einen nervig und für die Aktivist*innen selbst risikoreich sein kann, ist nicht erst seit den Interventionen der »Letzten Generation« gegen den Autoverkehr noch einmal augenfällig geworden. Jürgen Resch, Leiter der Deutschen Umwelthilfe, kann auf vierzig Jahre Renitenz zurückblicken, in denen er sich mit Autofahrer*innen, konventionellen Bäuer*innen und vor allem mit mächtigen Konzernen und deren Lobbyverbänden angelegt hat. Begonnen hat alles im beschaulichen Baden-Württemberg, wo der junge Vogelbeobachter als Zivildienstleistender ein mysteriöses Vogelsterben registriert. Seine Recherchen führen ihn zu dem Pflanzenschutzmittel Endrin, an dem die Vögel verendeten. Resch nimmt den Kampf gegen die chemische Industrie auf, die vor einem Verbot von Endrin warnen, da dies Arbeitsplätze gefährdet. Er wird angefeindet, vermag aber mit Gleichgesinnten so viel öffentlichen Druck aufzubauen, dass die unwilligen Behörden schließlich einlenken müssen. In den 1980er Jahren gerät das Pfandflaschen-Mehrwegsystem unter Druck, weil Getränkekonzerne und Handel auf billige Dosen und Plastikflaschen setzen. Die Deutsche Umwelthilfe hält dagegen. Es wird zwanzig Jahre dauern, bis das Dosenpfand endlich gegen das juristische Störfeuer von Industrie und Handel eingeführt wird. Die Wirtschaft ist deshalb nicht zusammengebrochen. Noch rabiater geht es beim Kampf gegen die Luftverschmutzung durch Dieselfahrzeuge zu. Waren Luftfilter schon eine Zumutung, wurde nach Aufdeckung des großangelegten Betruges bei den Abgaswerten nicht etwa die Industrie verantwortlich gemacht, sondern der Zorn der Autofahrer*innen richtete sich gegen die Deutsche Umwelthilfe, die den Deutschen ihr liebstes Spielzeug wegnehmen und – natürlich – Arbeitsplätze vernichten will. Ausführlich beschreibt Resch die Perfidie der Autokonzerne, die die Politik unter Druck setzen und Gesetzesvorlagen gleich selbst schreiben. Die jeweiligen Umweltminister*innen, bis auf Töpfer und Trittin, machen dabei gar keine gute Figur. Im Verkehrsministerium aus, das bislang konsequent jede nachhaltige und umweltgerechte Politik vermeidet. Resch beschreibt detailliert die Funktionsweise des Geflechts aus Wirtschaft und Politik, Geldgier und Opportunismus; und er kann, juristisch abgesichert, jede Menge Belege auf den Tisch legen. Leicht macht er es sich und anderen nicht, doch gerade deshalb ist sein Buch ein Plädoyer für einen langen Atem und ein Mutmachen für mehr Aktivismus.

Jürgen Resch:

Druck machen! Wie Politik und Wirtschaft wissenschaftlich Umwelt und Klima schädigen – und was wir wirksam dagegen tun können

Ludwig-Verlag 2023

336 S., 22,00 Euro

EVA-MARIA REINWALD UND ULRIKE LOHR

Der Finanzsektor ist auf vielfältige Weise mit Menschenrechtsverstößen und Umweltschäden verbunden. Gleichzeitig ist er ein wichtiger Hebel, um Investitionen für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren und schädlichen Wirtschaftsaktivitäten Kapital zu entziehen.

Sorgfaltspflichten für den Finanzsektor: Die Rolle der Banken in lokalen und internationalen Entwicklungsfragen

Eine Bank investiert in ein Bergbauprojekt, das der örtlichen Bevölkerung das Wasser abgräbt. Institutionelle Investoren halten Anteile an einem Fleischkonzern, der Rinder verarbeitet, die auf illegal entwaldeten Regenwaldflächen und unter Zwangsarbeit aufgezogen wurden. Ein Investmentunternehmen ignoriert die Klimakrise und schlägt weiter Profit aus der fossilen Energiewirtschaft. Der Finanzsektor ist auf vielfältige Weise mit Menschenrechtsverstößen und Umweltschäden verbunden. Gleichzeitig ist er ein wichtiger Hebel, um Investitionen für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren und schädlichen Wirtschaftsaktivitäten Kapital zu entziehen. Ob und inwiefern Finanzakteure mit dem aktuell verhandelten EU-Lieferkettengesetz¹ zur Achtung von Menschenrechten, Umweltstandards und Klimaschutz verpflichtet werden sollen, ist jedoch Gegenstand harter Auseinandersetzungen.

Finanzakteure: Hochrisikosektor und Hebel zur Transformation

Finanzdienstleister haben über ihre Finanzierungen eine große Hebelwirkung auf die Realwirtschaft. Denn sie entscheiden, an welche Unternehmen Kredite vergeben werden oder welche Unternehmensaktien in ihren Angeboten wie Fonds oder privaten Altersvorsorgeprodukten enthalten sind. Wenn ausschließlich die Rendite darüber entscheidet, wohin Geld fließt, und

Kriterien zur Einhaltung menschenrechtlicher oder ökologischer Mindeststandards keine Rolle spielen, werden Fehlanreize gesetzt. Fordern Finanzakteure hingegen die Achtung von Standards ein, müssen Unternehmen diesen nachkommen, wenn sie ihre Finanzierung sichern wollen. Beispielsweise müssen Minenbetreiber für ein Bergbauprojekt dann gegenüber dem Investor nachweisen, dass eine solide Umweltverträglichkeitsprüfung vorab durchgeführt wurde. Nicht ohne Grund entwickelte die OECD spezifische Leitfäden für ein verantwortliches Handeln des Finanzsektors als Branche mit besonders hohen menschenrechtlichen und ökologischen Risiken. Ohne Vorgaben für menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards werden weiter Unternehmen und Aktivitäten finanziert, die der Erreichung der global nachhaltigen Entwicklungsziele fundamental zuwider laufen.

Profite auf Kosten von Menschen und Umwelt: drei Beispiele

1. Die ING und der zerstörerische Bauxit-Abbau in Guinea

Über 90% des für die Aluminiumproduktion in Deutschland gebrauchten Bauxits stammt aus Guinea. Ein Großteil kommt aus der Region Boké, wo das Konsortium Compagnie de Bauxites Guinée (CBG) seit 1973 tätig ist. Für den Abbau von Bauxit in der dort angesiedelten Sangaredi-Mine sind Menschen widerrechtlichen Zwangsräumungen unterworfen. Sie müssen ihre Dörfer verlassen. Ihre Lebensgrundlage

wird – ohne entsprechende Entschädigungen – zerstört; denn ihre Ackerflächen und die Wälder werden abgebaggert. Der Bergbau verschmutzt darüber hinaus die örtlichen Gewässer oder trocknet sie aus.² Trotz nachgewiesener Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen plante die CBG eine Verdopplung der Produktion der Mine in Boké. Die Erweiterung der Mine wurde von einem Bankenkonsortium finanziert, in dem die deutsche ING eine wichtige Rolle spielt.

2. Zwangsarbeit und illegale Abholzung in Brasilien mit europäischem Bankenengagement

Der brasilianische Fleischkonzern JBS ist der größte Fleischverarbeiter der Welt. Das Unternehmen bezieht unter anderem Tiere aus Rinderfarmen aus dem Bundesstaat Pará im Amazonasgebiet, die durch illegale Abholzung entstanden sind. Allein zwischen 2017 und 2019 erwarb JBS Rinder von Farmen, die für eine Abholzungsfläche von ca. 216.000 Hektar verantwortlich sind. Berichte von Global Witness wiesen zudem nach, dass Zulieferer von JBS in Pará in Zwangsarbeit, Sklavenhandel und Landgrabbing verwickelt waren.³ Europäische Finanzinstitute wie die Deutsche Bank, Santander und BNP Paribas finanzieren die Aktivitäten des Konzerns dennoch weiter.

¹ <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/12/Initiative-Lieferkettengesetz-Von-Bananen-bis-Bauxit.pdf>

² <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/12/Initiative-Lieferkettengesetz-Von-Bananen-bis-Bauxit.pdf>

³ www.globalwitness.org/en/campaigns/forests/cash-cow/

3. Greenwashing durch Fondsanbieter DWS

Greenwashing-Anschuldigungen gegen die Deutsche-Bank-Tochter DWS veranlassten Staatsanwaltschaft, Polizei und Finanzaufsicht im Sommer 2022 zu einer gemeinsamen Razzia in den Geschäftsräumen des Investmentunternehmens. Ein Präzedenzfall in einer Branche, für die Greenwashing viel zu oft zum Marketinginstrumentarium gehört. Der CEO musste seinen Hut nehmen, und die DWS gelobte Besserung. Nichtsdestotrotz kaufte das Unternehmen im selben Jahr Aktien im Wert von mehr als 850 Millionen USD von fossilen Konzernen wie Shell, Total oder Enbridge für ihre als nachhaltig deklarierten Fonds. In den grünen Fonds der Deutsche-Bank-Tochter waren Ende 2022 laut Finanzwende insgesamt 5 Milliarden USD in Aktien fossiler Unternehmen investiert und lediglich 194 Millionen in Aktien aus dem Bereich erneuerbarer Energien.⁴ Das ist möglich, weil weder die Unternehmen, in die investiert wird, noch die DWS als Investor verbindlich auf das Klimaziel von 1,5 Grad verpflichtet werden sowie auf überprüfbare Pläne, wie dieses erreicht werden soll.

Pflichten für Finanzdienstleister nach internationalen Standards

Nach internationalen Standards gelten für Finanzdienstleister dieselben Verpflichtungen wie für alle anderen Unternehmen. Sie werden in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen klar benannt: Unternehmen sollen Risiken entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette ermitteln. Sie sollen angemessene Maßnahmen zur Prävention ergreifen und Abhilfe schaffen, darüber Bericht erstatten und Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene schaffen. Da sie nicht immer alle Risiken gleichzeitig adressieren können, sollen sie nach Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos priorisieren.

Anders als bei produzierenden Unternehmen spielen Zulieferbetriebe für die Finanzbranche eine untergeordnete Rolle, denn ihre Geschäftsbeziehungen sind in der Regel in der so genannten »nachgelagerten Lieferkette« verortet. Auch die Möglichkeiten zur Einflussnahme sind für Finanzinstitute besonders gestaltet, je nach Service.

Bei längerfristigen Krediten beispielsweise sollen Banken in die Kreditvergabebedingungen umweltbezogene und menschenrechtliche Mindestanforderungen miteinbeziehen und ihre Einhaltung über die gesamte Laufzeit des Kredites prüfen. Verletzt der Kreditnehmer Menschenrechte, muss die Bank auf ihren Kreditnehmer einwirken, Abhilfe zu leisten. Bei Investoren wie z.B. Fondsanbietern sind die Einflussmöglichkeiten indirekter. Zum einen über die Auswahl von Unternehmenspapieren (und dem Ausschluss von Unternehmen, die systematisch Menschenrechte verletzen). Zum anderen über aktives Aktionärstum, dem so genannten Engagement, bei dem in Hintergrundgesprächen oder auf Aktionärsversammlungen Einfluss auf Unternehmen genommen wird. Fruchten diese Gespräche nicht, steht im letzten Schritt die De-Investition.

Deutsches Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Finanzdienstleistungen ausgenommen

Beim dieses Jahr in Kraft getretenen deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wurde die Chance verpasst, den Finanzsektor zur globalen Verantwortungsübernahme zu verpflichten. Zwar sind Unternehmen der Finanzbranche formal vom Gesetz erfasst und müssen gegenüber der zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Ausfuhrkontrolle, Bericht erstatten. In einem Leitfaden für den Sektor stellt die Behörde jedoch klar: Finanzdienstleistungen, also ihr Kerngeschäft, fallen nicht in den Bereich der Lieferkette, wie ihn das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz definiert. Denn Endkunden sind aus dieser Lieferkettendefinition ausgenommen. Dies führt zu der bizarren Situation, dass Finanzinstitute nun zwar ihre direkten Zulieferbetriebe für Bürobedarf nach der Achtung menschenrechtlicher Standards befragen, es jedoch weiter ohne staatliche Konsequenz für sie möglich ist, den Klimawandel anheizende Ölpipelines im Amazonasregenwald oder Produzenten umstrittener oder geächteter Waffen wie Streubomben oder atomare, biologische oder chemische Waffen (ABC-Waffen) zu finanzieren.

Mit dem Europäischen Lieferkettengesetz besteht die Chance, endlich nachzubessern und die Lenkungswirkung des Finanzsektors für menschenwürdigeres und ökologischeres Wirtschaften zu nutzen.

Europäisches Lieferkettengesetz: Chance für Sustainable Finance

Das EU-Lieferkettengesetz befindet sich aktuell im Triolog. Kommission, Rat und Parlament verhandeln über die finale Fassung der Regulierung und versuchen, Kompromisse in Streitfragen zu finden. Eins der am umstrittensten Themen ist dabei der Finanzsektor. Umkämpft ist, ob der Sektor überhaupt einbezogen werden soll, welche Formen von Finanzdienstleistungen erfasst sein sollen (z.B. nur die Kreditvergabe oder auch Investitionen z.B. in Aktien und Anleihen) und wie diese Pflichten gestaltet sein sollen.⁵

So schlägt etwa die Europäische Kommission vor, Banken zwar zu verpflichten, die menschenrechtlichen und ökologischen Risiken vor einer Kreditvergabe zu prüfen. Jedoch müssen im weiteren Verlauf des Kreditgeschäfts keine weiteren Prüfungen erfolgen. Sie weicht damit entscheidend vom internationalen Standard ab, der regelmäßige Risikoermittlungen während der gesamten Kreditlaufzeit vorsieht.

Der Rat hingegen möchte es allein den Mitgliedsstaaten überlassen, ob sie Finanzakteure zur menschenrechtlichen Sorgfalt verpflichten. Insbesondere Frankreich drängte in den Verhandlungen im Rat auf einen Ausschluss des Finanzsektors.

Am umfassendsten will das Europäische Parlament Finanzakteure in die Pflicht nehmen. Es stellt in seiner Position eindeutig mit eigener Passage heraus, dass Pflichten auch für Investoren gelten müssen. Doch auch in der Parlamentsposition finden sich Abweichungen von den internationalen Standards. So gelten die Sorgfaltspflichten nur für die Finanzgeschäfte mit direkten Kunden, die große Unternehmen sind. Würden sich die Bestimmungen des Europäischen Parlaments in den Verhandlungen durchsetzen, wäre aber bereits viel für Europa als Standort einer nachhaltigeren Finanzbranche erwirkt. Für die Stärkung eines Einbezugs des Finanzsektors in das

⁴ www.finanzwende.de/presse/auswertung-dws-beim-greenwashing-vorne/

⁵ Einen umfassenden Vergleich der Positionen zum Einbezug des Finanzsektors von Kommission, Rat und Parlament mit den Anforderungen der OECD-Leitsätze und UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bietet das von FIAN Deutschland und SÜDWIND herausgegebene Policy Briefing Don't let the financial sector off the hook!: https://www.fian.de/wp-content/uploads/2023/07/FIAN_SUEWIND_Policy_Briefing_Paper_Finanz_CSDDD_deutsch_20230728.pdf

EU-Lieferkettengesetz hat sich die deutsche Bundesregierung bislang nicht als unterstützend erwiesen. Die deutsche Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag ihren Einsatz für eine wirksame EU-Richtlinie versprochen hat, hat sich in den Verhandlungen im Rat für den Ausschluss von Investitionen eingesetzt. Demnach würden Banken zwar in ihrem Kreditgeschäft zur menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfalt verpflichtet; menschenrechtlich kritische Investitionen, z.B. in Unternehmen, die unter ausbeuterischer Kinder- oder Zwangsarbeit produzieren, blieben weiterhin ohne Sanktionen.

In der Finanzbranche selbst gibt es sowohl Gegner*innen als auch Fürsprecher*innen einer Regulierung des Sektors durch das EU-Lieferkettengesetz. EU-Politiker*innen haben immer wieder berichtet, dass sie für das EU-Lieferkettengesetz massiv von Finanzlobbyist*innen kontaktiert und auf die Ausnahme des Sektors bzw. eine Abschwächung von dessen Pflichten gedrängt wurden. So zeigte sich der Europaabgeordnete René Repasi, Berichterstatter im Wirtschaftsausschuss, empört darüber, dass sich Passagen aus Papieren der Finanzlobby in den Weisungen der Bundesregierung für ihre Position im Rat wiederfinden. Doch es gibt auch Gegenstimmen. So forderte die Investoreninitiative UN-PRI mehrfach eine Verschärfung der Richtlinien. Im Februar 2023 forderte die Investorengruppe IIGCC mit 375 Mitgliedern einen Einbezug des Finanzsektors wie auch klimabezogener Sorgfaltspflichten in CSDDD.⁶ Schließlich orientieren sich fortschrittliche Investoren längst an den bislang freiwilligen internationalen Standards. Um ein Gegengewicht zur Finanzlobby zu schaffen, ist politischer Druck aus der Zivilgesellschaft wichtig. In einer aktuellen Mailaktion der Initiative Lieferkettengesetz (lieferketten-gesetz.de) an Bundeskanzler Scholz etwa wird dieser zu einem Einsatz für eine starke Regulierung, inklusive umfassender Pflichten für den Finanzsektor, aufgefordert.

Potential des Finanzsektors umfassend nutzen: Wann kommt die Soziale Taxonomie?

Um das Potential des Finanzsektors für die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele umfassend zu nutzen, wären neben menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten auch Anreize nötig, um Investitionen gezielt in Wirtschaftstätigkeiten

zu lenken, die die Erreichung der globalen Entwicklungsziele fördern.

Mit der Grünen Taxonomie wollte die EU definieren, was als ökologisch nachhaltige Investition gelten soll. Die Idee dahinter: Nicht mehr die einzelnen Unternehmen und Finanzakteure entscheiden, was als nachhaltig gilt. So soll Greenwashing verhindert werden. Stattdessen sollen Finanzakteure erstmals anhand einheitlicher und verbindlicher Kriterien in diejenigen Unternehmen investieren, die ökologisch nachhaltig und klimafreundlich produzieren. Verbraucher*innen können erstmals anhand transparenter und vergleichbarer Informationen entsprechend ihrer Präferenzen investieren, weil Angaben zu nachhaltigen Aktivitäten in Finanzprodukten sich an den definierten Kriterien orientieren müssen.

Leider entschied sich der Gesetzgeber entgegen aller Mahnungen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft dafür, in der Grünen Taxonomie Atomkraft und Gas als ökologisch nachhaltige Technologien einzustufen. Damit wurde der Grünen Taxonomie viel an potentieller Wirksamkeit genommen und ihre Glaubwürdigkeit stark beschädigt. Es bleibt zu hoffen, dass die dagegen eingereichten Klagen von Österreich und von Nichtregierungsorganisationen erfolgreich sind und eine Kurskorrektur erwirken.

Aktuell steht der für einen nachhaltigen Finanzsektor ebenso wichtige Prozess zu einer Sozialen Taxonomie still. Anders als bei der Sorgfaltspflicht mit einem EU-Lieferkettengesetz würden Investoren sich mit einer solchen Taxonomie nicht nur bemühen, menschenrechtlichen Risiken vorzubeugen, also einen Mindeststandard für Menschenrechte anwenden. Mit einer sozialen Taxonomie würden einheitliche, transparente Kriterien erstellt, um gezielt in Unternehmen zu investieren, die einen Beitrag zu sozialeren, inklusiveren und gerechteren Gesellschaften leisten. Banken und nachhaltige Fonds könnten auf Basis dieser Klassierung ausweisen, zu welchem Anteil sie in sozial nachhaltige Aktivitäten investiert sind. Dringend nötige Investitionen in soziale Aktivitäten wie bezahlbaren Wohnraum, Pflege, Fort- und Weiterbildung oder die Produktion günstiger Medikamente könnten so gefördert werden und zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele beitragen.

Ein Expert*innen-Gremium der europäischen Plattform für nachhaltige Finanzen veröffentlichte im Februar 2022 einen Abschlussbericht mit einer Empfehlung für die Soziale Taxonomie. Darin sollen z.B. Aktivitäten mit inhärentem sozialen Wert (z.B. Bildung, Wohnraum, Gesundheitsdienstleistungen), als sozial nachhaltig gelten, wenn der Zugang zu diesen Gütern erleichtert wird. Auch wenn Unternehmen in menschenrechtlichen Risikosektoren (z.B. Textilindustrie, Bergbau, Landwirtschaft) tätig sind, dort aber vorbildhaft vormachen, wie sie die Risiken wirksam adressieren, können deren Aktivitäten als sozial nachhaltig eingestuft werden und diese damit leichter Investoren gewinnen. So können gesetzliche Vorgaben zur menschenrechtlichen Sorgfalt der Unternehmen mit Anreizen für eine nachahmenswerte Umsetzung mit wirksamen Maßnahmen Hand in Hand gehen. Potentielle blinde Flecken der Grünen Taxonomie würden beseitigt: Erscheint es gemäß der Grünen Taxonomie ausschließlich relevant in klimafreundliche Gebäude, also beispielsweise auch in klimafreundliche Luxusapartments zu investieren, so besteht mit der Sozialen Taxonomie auch ein Anreiz, Finanzierung für energieeffiziente Sozialwohnungen bereit zu stellen.

Politisch liegt der Prozess zur Sozialen Taxonomie aktuell leider auf Eis. Die EU-Kommission hat seit Veröffentlichung des Berichts keinerlei Stellung dazu bezogen und es ist nicht davon auszugehen, dass vor den EU-Wahlen im Juni 2024 noch Bewegung in dieses Thema kommt. Die europäische Zivilgesellschaft fordert aktuell von den EU-Institutionen den umfassenden Einbezug des Finanzsektors in das EU-Lieferkettengesetz ein. Zukünftig muss sie auch Druck erzeugen, damit der Prozess zu einer Sozialen Taxonomie in der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zeitnah auf die politische Tagesordnung kommt.



EVA-MARIA REINWALD
ist Fachpromoterin für
Globale Wirtschaft und
Menschenrechte am
Südwind Institut



ULRIKE LOHR
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin am
Südwind Institut

INTERVIEW MIT SARANYADEVI SARNIYA
UND RAMASWAMI RANGANATHEN

Ein Projekt in Indien will die indigene Bevölkerung
in abgelegenen Gebieten fit für ein sesshaftes
und gesundes Leben machen.

Hunger lässt sich besiegen: lokales Wirtschaften im Wald

Unsere »Weitwinkel«-Jubiläumsausgabe widmet sich der Halbzeit der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Was sind Ihre Erfahrungen mit diesen Zielen? Haben sie eine Bedeutung für Sie, für Ihre Arbeit?

Unser »Centre for Tribal and Rural Development« (Zentrum für tribale und ländliche Entwicklung – CTRD) wurde 1988 mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung der Adivasi-Gemeinschaften zu befördern. Wir arbeiten mit vier von sechs Adivasi-Gruppen in Nilgiris zusammen: den Thani und Cronen, Katnaika und Irula und Kota. Unser Hauptziel ist ein integriertes Entwicklungsprojekt für die Indigenen, das ihnen Lebensunterhalt, Bildung, Gesundheit und dörfliche Entwicklung gewährleistet. Damit haben wir angefangen. Dazu ist es uns in den letzten sechs Jahren gelungen, sie in das allgemeine Bildungssystem und die staatliche Gesundheitsversorgung einzubinden. Aber der Lebensunterhalt ist immer noch das, was am dringlichsten ist. Also begannen wir zusammen mit SODI hauptsächlich mit der Ernährungssicherheit und förderten im ersten Projekt den Teeanbau und die Teebauern. Im zweiten Projekt arbeiten wir vor allem mit der landlosen tribalen Bevölkerung und Kleinbäuer*innen zusammen, um ihren Lebensunterhalt und ihre Ernährung zu sichern.

Nun sind sie in der Lage, Gemüse für den Eigenbedarf wie auch für den Verkauf auf dem Markt anzubauen. Darüber hinaus bieten wir Schulungen für verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten, den Verkauf und Bienenzucht an. Dies sind die wichtigsten Maßnahmen für den Lebensunterhalt der Adivasi-Gemeinschaft in Nilgiris.

Wie hat diese Arbeit das Leben der Bewohner*innen verändert?

Schauen Sie auf die frühen 1980er und 70er Jahre, das waren erbärmliche Zustände. Die Adivasi hatten keine Lebensgrundlage. Als das medizinische Versorgungssystem aufgebaut wurde, waren sie davon ausgeschlossen. Sie lebten an isolierten Orten, waren nicht zu erreichen. Der Gründer von CTRD nahm vorsichtig Kontakt zu ihnen auf, begann mit ihnen über diese unhaltbaren Zustände zu sprechen. Zunächst konzentrierte er sich auf die Gesundheitsversorgung, verband alle verfügbaren Dienste zu einem Vor-Ort-Service für die tribale Bevölkerung. Viele Frauen starben bei oder nach der Entbindung, weil sie aufgebrauchter, unhygienischer Bettwäsche lagen und kein Krankenwagen sie bei einer Infektion abholen konnte. Das war nur eins der Probleme. Die Sterblichkeit in den 1980er Jahren war extrem hoch. Also begann unsere

Organisation mit einem Gesundheitsplan und der Einrichtung von Versorgungszentren sowie einem Programm zur gesundheitlichen Aufklärung. Das war auch der Beginn eines modernen Gesundheitsfürsorgesystems. Ein Arzt, eine Krankenschwester und ein Apotheker brachten in einem kleinen Krankenwagen sämtliche Medikamente von Haus zu Haus und kümmerten sich um die Menschen, worauf auch die Sterblichkeitsrate zurückging. Gleichzeitig legten sie ihr Augenmerk auf eine gesunde Ernährung. Die älteren Kinder und die Frauen waren unterernährt, dauerhaft unterernährt. Sie litten unter Anämien, besonders der Sichelzellenanämie.

Das alles war auf die Unterernährung zurückzuführen. So förderte CTRD das Anlegen von Gemüsegärten, die notwendige Nährstoffe und Vitamine hergaben. Die Menschen wurden über Gesundheitsfragen aufgeklärt, sämtliche Familien auf Listen erfasst und in den staatlich organisierten regionalen Zentren für die medizinische Grundversorgung angemeldet. So bekamen sie erstmals Zugang zum Gesundheitssystem in den Krankenhäusern und sind heute mit der Praxis moderner Gesundheitsfürsorge vertraut.



Heute suchen sie auch bei einer kleinen Verletzung das Krankenhaus auf. Ich denke, das ist eine der größten Errungenschaften, ebenso wie die vielen Bildungsprojekte. In den 1980er Jahren war die Alphabetisierungsrate äußerst niedrig. Nach und nach meldete CTRD sämtliche Kinder an den staatlichen Schulen an.

Als unser Gründer eines schönen Tages diese staatlichen Schulen aufsuchte, gab es dort keine Kinder. Er ahnte, dass da irgendwas nicht stimmen konnte. Also stellte er ein kleines Team von Lehrer*innen und Wissenschaftler*innen zusammen, um mit ihnen herauszufinden, was da los war. Als das Forschungsteam sich in den Dörfern auf die Suche machte, stellte es fest, dass diesen Kindern Zahlen und das Alphabet völlig fremd waren, das ganze moderne Bildungssystem war ihnen fremd. Sie taten, was tribale Kinder tun, sie wuchsen in der Natur auf, spielten mit Tieren und mit Bambus. Sie waren keine Kinder, die in einem Klassenzimmer stillsitzen können.

Das also war das Problem. Dazu kam, dass die Lehrer*innen nicht in der Lage waren, wegen der Sprachbarriere mit den Kindern zu kommunizieren. Sie wussten nicht, dass den Kindern das Konzept von Zahlen oder Alphabet fremd war. Denen ging dabei das Interesse an der Schule verloren, sie brachen die Schule ab. Auch ihre Eltern hatten in den 1980er Jahren kein Verständnis vom Bildungssystem, die Abbrecherquote

war unter ihnen ebenfalls sehr hoch. Das Problem musste anders gelöst werden. Die Schulen mussten in den Dörfern selbst eingerichtet werden.

Wir begannen also mit dörflichen Vorbereitungsschulen, in denen sich die Kinder an einem Ort versammelten. Die Lehrer*innen kamen in die Dörfer, sangen gemeinsam mit ihnen Lieder und tanzten. Kinder sind sehr kreativ, wenn es um Kunst und Handwerk geht. Sie singen und tanzen, erfinden ihre eigenen Lieder und lernen spielerisch die Zahlen und das Alphabet. So vorbereitet, wurden sie dann nach einem Jahr in die staatlichen Schulen eingeschult. Mit diesen Vorbereitungsschulen schufen wir gleichzeitig ein Bewusstsein für Bildung.

In den 1990er Jahren hatten wir sogar eine Internatsschule für sehr viele Kinder. Wir sorgten für Essen, Unterkunft, Kleidung, für alles, was zum Lernen und Leben notwendig ist. Wir wollten ihnen ein Bewusstsein über ihre Möglichkeiten geben. Wer nicht zwischen Schule und Wohnort pendeln konnte, konnte im Internat wohnen und wurde dort unterrichtet. Aufgrund von Finanzierungsproblemen mussten wir die Internatsschule leider aufgeben. Die Unterstützung von SODI hat uns wenigstens ermöglicht, dass wir abendlichen Nachhilfeunterricht anbieten können. Innerhalb von zwanzig Jahren haben wir erreicht, dass alle Kinder regelmäßig zur Schule gehen. Nur wenn sie aus der Schule kamen, gab es bislang keine Nachbetreuung. In den Abendkursen bekommen sie jetzt eine kleine Erfrischung, dann betreut sie ein Lehrer bei den Hausaufgaben oder Lernschwierigkeiten. Wir schaffen so ein Umfeld, in dem Kinder für einen guten Abschluss der Schule lernen können.

Wie steht es um die Infrastruktur in den von den Adivasi bewohnten Gebieten?

Uns macht der Monsun zu schaffen, wenn fast sechs Monate lang Dauerregen herrscht. Die Hütten der tribalen Bevölkerung müssen zwei bis drei Mal im Jahr instandgesetzt werden. Das aber ist heutzutage ausgeschlossen, da die Menschen aufgrund der vielen Waldschutzmaßnahmen nicht mehr einfach gehen und sich das Material für die Reparaturen besorgen können. Nach der Flut im letzten Jahr konnten wir mit der SODI-Hilfe viele Häuser reparieren, worüber wir sehr froh sind. Komplette Dächer, die in einem desolaten

Zustand waren, konnten ausgetauscht und die Hauswände ausgebessert werden.

Zusätzlich haben wir an die 52 selbst konzipierte Häuser gebaut. Das alles in Teamarbeit, sämtliche Dorfbewohner*innen wurden in den Bau ihrer Häuser einbezogen. Für ein Haus braucht es an die 2000 Lehmziegel, die die tribale Bevölkerung selbst hergestellt hat. Das ist keine komplizierte Sache und umweltfreundlich dazu. Bei dieser Gelegenheit lernten viele junge Indigene das Zimmerer- und Maurerhandwerk und fanden gleichzeitig einen Ort, an dem sie zusammenkommen konnten.

Aus den Hilfsfonds wurden schließlich Mobiltelefone und Motorräder finanziert. Das war ein wirklich großer Moment. Bislang hatten unsere Mitarbeiter*innen nur Mopeds zur Verfügung. Busse verkehren bei uns nicht. Es gibt so viele Orte, die nicht erreichbar sind. Nun lernen unsere Mitarbeiter*innen das Motorradfahren. Damit kommen wir auch in die entlegensten Dörfer. Das ist für uns und die Verbesserung unserer Möglichkeiten sehr, sehr wichtig. Unsere Arbeit schließt Umweltschutzprojekte mit ein. Mit Unterstützung einer Technikfirma haben wir in etlichen Dörfern Biogasanlagen errichtet.

Um die Bedeutung unserer Arbeit zu verstehen, müssen wir ein wenig in die Geschichte zurückgehen. Zuerst einmal sind diese tribalen Gruppen Jäger*innen und Sammler*innen, der Wald ist ihre Lebensgrundlage. Sie sammeln Holz, Wurzeln, Kräuter, Tee, Bambus und Honig. Traditionell ziehen sie von Ort zu Ort. Stirbt jemand in der Familie, besteht nach ihrer Vorstellung die Gefahr, dass die Seele des Verstorbenen in ein Familienmitglied eindringt. Deshalb wechseln sie den Ort und ziehen ein paar Kilometer weiter. Sie sind auf das Leben ausgerichtet. Das war die Situation, die wir vorgefunden haben, als wir mit unserem Projekt begannen. Nach und nach haben wir die Region entwickelt. Der indische Staat hat den Indigenen, je nach Familiengröße, ein, zwei oder fünf Acres (1 Acre entspricht 0,405 Hektar) zugewiesen. Er hat ihnen aber nicht beigebracht, wie man das Land bewirtschaftet. Also kamen Leute von außerhalb, aus den Bundesstaaten Karnataka, Kerala und Tamil Nadu, und kauften das Land für wenig Geld auf. Für vielleicht 100, 200 Rupien. Für ein Glas Alkohol legt man 100 Rupien hin. Diese Leute haben sich eine Menge Land angeeignet.



Die Adivasi brauchten von nun an Geld, sie brauchten es für Essen, für Betelnüsse, für irgendetwas, oder wenn sie juristischen Beistand brauchen. Wenn sie in irgendeiner Angelegenheit Hilfe brauchten, haben sie das Acre für 500 Rupien verkauft, obwohl es mehr als zwei oder fünf Lakh (1 Lakh entspricht 100.000 Rupien) wert ist. So war die Situation, als ich bei CTRD begonnen habe und wir beschlossen, das Land zu kultivieren und mit der Arbeiterwohlfahrt und AWO International zusammenarbeiteten. Wir fingen mit dem Anlegen von Teegärten an, arbeiteten mit fünfhundert Bäuer*innen, die aus den Erträgen mindestens 3000 Rupien im Monat erzielten. Das ist ein solides Einkommen für eine ganze Familie. Vorher hatten die Leute eine Mahlzeit am Tag, manchmal auch gar keine, wenn es keine Arbeit gab und sie keinen Reis kaufen konnten. Durch dieses Projekt waren regelmäßig zwei bis drei Mahlzeiten am Tag gesichert – ein großer Erfolg! Danach folgte unser Schulprogramm und schließlich der Ausbau der nachschulischen Betreuung.

In der zweiten Phase unseres Projektes kümmerten wir uns um die Nahrungsmittelsicherheit. Teeblätter kann man nicht essen, man kann den Tee drei- bis fünfmal am Tag trinken, aber er macht nicht satt. Anders Gemüse. Selbst wenn man es nicht verkaufen kann, bekommt man damit die ganze Familie satt, da sind alle Nährstoffe drin. Die Kinder bekommen drei Mahlzeiten am Tag, den Rest kann man auf dem Markt verkaufen. Und es werden alle möglichen Arten von Gemüse angebaut. Zur Zeit arbeiten wir mit 150 Gemüsebäuerinnen, die

zusätzlich noch das Imkern erlernen. Die Bienenzucht sorgt für ein gutes Zusatzeinkommen der Familien. Wir sagen dabei immer, zuerst müsst ihr, müssen eure Kinder Honig und Gemüse bekommen, erst dann soll man das Übrige auf dem Markt verkaufen.

Zusätzlich arbeiten wir an einem Projekt zur Bekämpfung der Sichelzellanämie. Sie ist tödlich und damit durchaus mit AIDS vergleichbar. Sichelzellanämie ist genetisch bedingt und kann in jedem Alter auftreten. Wir testeten zuerst auf die Krankheit, dann versuchen wir, den körperlichen Zustand der Erkrankten durch entsprechende Ernährung zu verbessern. Insbesondere durch Gemüse, das die Immunabwehr des Körpers stärkt, mehr noch als den Blutkreislauf. In unserer Fallstudie konnten wir das nachweisen. Wir haben ein gutes Labor für die Tests, wir können einige Medikamente verordnen, die weder präventiv noch kurativ wirken. Aber sie können das Leben der Betroffenen verlängern, wenigstens bis zu ihrem vierzigsten Lebensjahr. Vierzig Jahre ist nicht viel, aber es ist unsere Pflicht, ihr Leben zu erhalten. Mit Medikamenten gegen multiple Beschwerden sowie mit Gemüse, Gemüsekonzentraten und Früchten. Also haben wir auch noch angefangen, lokale Obstsorten anzubauen: Jakobsfrucht, Mangos und Bananen. Dazu kommen noch verschiedene Salze, die für die Ernährungssicherheit gewonnen werden.

Wir haben mit Familien von fünf bis zu fünfzig, sechzig Personen begonnen, die in 150

verschiedenen Siedlungen leben. Um effizient arbeiten zu können, müssen wir das Projekt allerdings auf insgesamt 70 Orte begrenzen.

Was erwarten Sie von der Zukunft, wo sehen Sie Ihr Projekt in den nächsten zehn Jahren?

Wir sind in einem riesigen Gebiet tätig, mit etwa 150 Siedlungen, etwas mehr als 2.350 Familien, vielleicht 3.500 Familien. Derzeit arbeiten wir in 65 Orten mit insgesamt fünftausend Menschen. Wir wollen das Projekt auf die übrigen Gebiete ausweiten, um auch beurteilen zu können, wie erfolgreich es sein wird. Im nächsten Schritt, etwa in fünf oder zehn Jahren wollen wir CTRD zu einem Kompetenzzentrum für andere NGOs in der Region, vielleicht auch in ganz Indien, ausbauen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, mit internationalen Organisationen und Universitäten. Wir wollen, dass Student*innen zu uns kommen und von unseren Erfahrungen lernen. Derzeit haben wir Student*innen, die im Rahmen ihres Studiums oder ihrer Promotion für ein zehntägiges oder einmonatiges Praktikum zu uns kommen, manche sogar aus Deutschland. Eine Studentin etwa kam für ihre Promotion an der Universität Tübingen. Jetzt arbeitet sie als Professorin. Wir wollen unser Wissen als Organisation zur Verfügung stellen und es auch in Zukunft weitergeben. Nicht zuletzt in den tribalen Gebieten selbst.

Ich kann Ihnen nur viel Erfolg für Ihr Projekte und für Ihre wertvolle Arbeit wünschen. Vielen Dank für das Gespräch.

Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns zuzuhören.



SARANYADEVI SARNIYA
ist Programmbeauftragte des Centre for Tribal and Rural Development (CTRD) im indischen Bundesstaat Tamil Nadu



RAMASWAMY RANGANATHAN
ist Geschäftsführer des Centre for Tribal and Rural Development

Das Gespräch führte Mario Pschera

JUDITH HERMANN UND EILEEN ROTH

Würden alle Menschen weltweit so leben und wirtschaften wie die Deutschen, dann wären drei Erden nötig, um den Ressourcenbedarf der Menschheit zu decken.

Agenda 2030: Halbzeit und noch lange nicht am Ziel

Mit Verabschiedung der Agenda 2030 durch die UN-Mitgliedsstaaten war die Erwartung verbunden, auf globaler Ebene allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und den Planeten zu schützen. Zur Halbzeit steht es um die Umsetzung schlecht. UN-Generalsekretär António Guterres betont: »Es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf der Hälfte unseres Weges bis 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung in großer Gefahr.«¹

Den Berechnungen des Global Sustainable Development Reports (GSDR) 2023 zufolge, der zum SDG-Gipfel im September veröffentlicht wurde, würden die SDGs bei Beibehalten des aktuellen Umsetzungstempos nicht einmal 2050 erreicht werden. Dem Bericht zufolge sind derzeit nur 12% der SDG-Indikatoren *on-track*, also bis 2030 erreichbar. Etwa 50% bewegen sich zwar in die richtige Richtung, der Fortschritt ist aber zu langsam, um im Zeitplan zu bleiben. Bei circa 35% stagniert er oder es gibt sogar Rückschritte, so beim Erreichen von Ernährungssicherheit, der Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen oder dem Verhindern des Artensterbens. Die Staats- und Regierungschefs haben daher beim Gipfel eine ernüchternde Bilanz ziehen müssen. Insbesondere bei den umweltbezogenen Zielen (SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz, SDG 14 – Leben unter Wasser und SDG 15 – Leben an Land) ist die Lage mehr als besorgniserregend. Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet mit erschreckender Geschwindigkeit voran, etwa ein Viertel aller Tier- und

Pflanzenarten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht, Tendenz steigend. Nach dem kurzen pandemiebedingten Rückgang steigen die Treibhausgasemissionen weiter an. Das 1,5-Grad-Ziel könnte bereits 2026 überschritten sein.² Auch der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, ist erstmalig seit 40 Jahren wieder gestiegen. Die Zahl der Hungernden hat 2022 ein neues Hoch erreicht. Frauen und Mädchen sind von den Krisen besonders betroffen, sodass kaum nennenswerte Fortschritte bei SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) zu verzeichnen sind. Ausreichende Verbesserungen lassen sich insbesondere bei den SDGs feststellen, aus deren Erreichen (oft durch privatwirtschaftliche Unternehmen) Profite generiert werden können, und deshalb ein wirtschaftliches Interesse besteht: so konnte in allen Weltregionen der Zugang zu Energie (SDG 7) und Internet sowie die Mobilfunknetzabdeckung (SDG 9) verbessert werden.

Die Covid-19-Pandemie hat viele Entwicklungen für einige Zeit zum Stehen gebracht und damit auch das Erreichen der SDGs erschwert. Gleichzeitig muss sich die Weltgemeinschaft eingestehen, dass der Fortschritt beim Großteil der SDGs schon vor der Pandemie nicht *on-track* war.³ Durch die Auswirkungen des Virus, der Lockdowns und der Einschränkung sozialer und ökonomischer Tätigkeiten hat sich die Situation für viele Menschen auf der Welt verschärft,

die Ungleichheit ist überall massiv gestiegen. Dennoch darf die Covid-19-Pandemie nicht als Ausrede für die unzureichende Umsetzung herhalten. Sie hat vielmehr gezeigt, wo die Probleme der Lebensweise des Globalen Nordens und der weltumspannenden Wirtschaftsweisen liegen, welche der Erreichung der SDGs in einigen Fällen konträr gegenüberstehen.

Deutschland – (k)ein Vorreiter?

Auch Deutschland hinkt bei der Umsetzung der Ziele weit hinterher. Der Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamts von 2022 zeigt, dass es in vielen Bereichen deutlich mehr Tempo braucht, um Deutschlands selbstgesetzte Ziele zu erreichen. Besonders kritisch steht es hier um die SDGs, die den Schutz von Umwelt und Ökosystemen als Ziel haben. Positiver sieht es dagegen etwa bei den SDGs 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) aus. Hier zeigt der Indikatorenbericht, dass Deutschland auf einem guten Weg ist. Dabei ist aber zu beachten: Der Bericht misst 75 selbstgewählte Indikatoren. An diesen gibt es seit Jahren Kritik seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen und aus der Wissenschaft, da zahlreiche Indikatoren zu wenig ambitioniert sind und solche zu wichtigen Bereichen teils vollständig fehlen.⁴

1 UN: »The Sustainable Development Goals Report 2023: Special Edition«, 10.7.2023

2 Ehring, Georg: »Das 1,5-Grad-Ziel könnte schon bis 2026 überschritten werden«, 10.5.2022, online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/ein-komma-fuenf-grad-ziel-klimawandel-wmo-100.html> (Zugriff 7.10.2022).

3 UN DESA: »Global Sustainable Development Report 2019. The Future is Now. Science for Achieving Sustainable Development«, 11.9.2019

4 Vgl. Liedtke, Christa: »Eine erste Analyse der weiterentwickelten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie«, 10.3.2021: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2021/03/Erste-Analyse-DNS2021-von-CL_wpn2030.pdf oder das »2030 Watch«-Projekt, das dem Bericht ein ergänztes Monitoring gegenüberstellt: <https://www.2030watch.de/zivilgesellschaftliches-monitoring>

Bei der Bewertung der deutschen Umsetzung der SDGs nicht fehlen dürfen die Auswirkungen deutscher Politik über die eigenen Grenzen hinaus. Nationale Handels-, Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik haben globalen Einfluss. Der von einer Gruppe unabhängiger Expert*innen des *UN Sustainable Development Solutions Network* verfasste »Sustainable Development Report« (SDR) beinhaltet ein Ranking, welches diese sogenannten *Spillover-Effekte* misst – je höher der Score, desto positiver ist die Auswirkung auf andere Länder, je niedriger, desto negativer. Deutschland ist hier auf Platz 144 der 166 Länder, für die es Daten gibt. Negative Auswirkungen auf andere Teile der Welt kommen zum Beispiel dadurch zustande, dass nach Deutschland importierte Waren für CO₂- und Stickstoff-Emissionen sorgen sowie die Biodiversität und Wasserversorgung an den Produktionsorten gefährden. Auch der Export von Plastikmüll und von in Deutschland längst verbotenen, giftigen Chemikalien in andere Länder ist problematisch.

Insbesondere hochindustrialisierte Länder wie Deutschland sorgen für einen überdurchschnittlich hohen Ressourcenverbrauch. Würden alle Menschen weltweit so leben und wirtschaften wie die Deutschen, dann wären drei Erden nötig, um den Ressourcenbedarf der Menschheit zu decken.⁵ Daher tragen Deutschland und andere Industriestaaten eine Verantwortung dafür, auf internationaler Ebene gerechte Rahmenbedingungen zu schaffen und sich weltweit gegen Ungleichheit und Armut einzusetzen. Dafür bräuchte es eine systematische Einarbeitung der internationalen Verantwortung Deutschlands in die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.

Kernproblem der Agenda 2030 ist ihre Unverbindlichkeit

Zur Halbzeit der Agenda 2030 haben zahlreiche Staaten weltweit Nachhaltigkeitsstrategien oder SDG-Umsetzungspläne eingeführt und fast alle Staaten haben zumindest einmal den nationalen Umsetzungsstand der SDGs beim *High-Level Political Forum on Sustainable Development* in New York präsentiert (ausgenommen Haiti, Iran, Jemen, Myanmar, Südsudan, USA). Doch leider spiegeln sich diese auf dem Papier erfreulichen Bekenntnisse nicht in

der Realität wider. Dies liegt nicht zuletzt an der Unverbindlichkeit der Nachhaltigkeitsziele. Auch in Deutschland mangelt es vor allem an politischem Willen und Verbindlichkeit. Deutschland hat bereits seit 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie. Diese wurde 2016 nach der Verabschiedung der Agenda 2030 überarbeitet und an den SDGs ausgerichtet. Sie wurde 2018 und 2021 unter Einbezug der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft weiterentwickelt, eine nächste Weiterentwicklung ist für 2025 geplant. Und obwohl Deutschland auch sonst eine umfangreiche Nachhaltigkeitsarchitektur aufgebaut hat, die mehrere Ebenen von Regierungshandeln, Bundestagsmandaten und Expert*innen-Beratung umfasst und in vielen Fällen Zivilgesellschaft beteiligt, bleibt das politische Handeln im Sinne der SDGs zu gering.

Das Problem ist, dass es keinerlei politische oder rechtliche Konsequenzen gibt, wenn die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie nicht eingehalten werden. Zudem wirkt sie eher wie ein Überprüfungsinstrument, welches ex post die Maßnahmen in verschiedenen Ressorts bewertet und sich auf jene Bereiche konzentriert, zu denen ohnehin schon gearbeitet wird. Was jedoch tatsächlich gebraucht wird, ist eine wirkliche Strategie, die festlegt, durch welche Maßnahmen alle Unterziele der SDGs erreicht werden können. Bei der Verabschiedung von Gesetzen gibt es zwar eine formale Folgenabschätzung, die auch Nachhaltigkeitsfolgen bewertet, wofür der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung zuständig ist. Was jedoch fehlt, ist ein echter Nachhaltigkeitscheck, der die Folgen eines Gesetzes umfangreich evaluiert und die Möglichkeit für ein Veto bei Gesetzen beinhaltet, welche nicht mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung übereinstimmen. Dazu würde es helfen, die Position des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zu stärken. Dieser hat derzeit nicht den Status eines ordentlichen Bundestagsausschusses und muss daher mit jeder Legislaturperiode neu eingesetzt werden. Der Beirat sollte so bald wie möglich als ordentlicher Bundestagsausschuss in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert werden und seine Kompetenz von der formalen Gesetzesbewertung zur materiellen Begleitung von Gesetzen ausgeweitet werden.

Eine ambitionierte Umsetzungsstrategie für die Agenda 2030 bräuchte verbindliche

Vorgaben für alle Ressorts und eine Fortschrittsmessung, auf die politisch reagiert werden muss. Auch SDG-Budgeting und die Ausrichtung aller öffentlichen Ausgaben an Nachhaltigkeitskriterien sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. 2022 hatte die Bundesregierung eine *Spending Review* (Ausgabenanalyse) zur »Verknüpfung von Nachhaltigkeitszielen mit dem Bundeshaushalt« durchgeführt. Deren Empfehlungen sollen ab 2024 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und weitere Ressorts in einer Pilotphase erprobt werden.

Ein wichtiger Schritt wurde in Deutschland durch die 2022 geschaffenen Transformationsteams gegangen. Diese ressortübergreifenden Arbeitsgruppen schaffen Strukturen für eine Zusammenarbeit über einzelne Ministerien hinaus, die dringend notwendig ist für die anstehenden Herausforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit. Es ist gut, dass dadurch anerkannt wird, dass die momentanen Krisen zusammenhängen, sich gegenseitig verstärken und gemeinsam gelöst werden müssen.

Staatliche Rahmenbedingungen für gemeinsame Anstrengungen

Eine große Stärke der SDGs ist, dass sie einen Rahmen für das Handeln auf ganz verschiedenen Ebenen bieten. Ihre Einführung war für viele Akteur*innen auf lokaler Ebene eine Möglichkeit, neue Bündnisse zu schmieden. Es gibt in Deutschland und weltweit unzählige Initiativen auf lokaler Ebene, welche die Themen der Agenda 2030 vorantreiben. Die Umsetzung der SDGs lebt von Menschen, die sich zusammenschließen und nachhaltig handeln. Das geht von ganz kleinen regionalen Projekten bis hin zu großen sozialen Bewegungen.

Auch auf regional- oder lokalpolitischer Ebene spielen die SDGs eine Rolle für das Handeln von Bundesländern, Städten und Kommunen. Die Länder haben ihre jeweiligen Nachhaltigkeits- bzw. Entwicklungsstrategien an den SDGs ausgerichtet. Viele der SDG-relevanten Themen liegen im Zuständigkeitsbereich von Kommunen oder Städten, rund 65% der Ziele können nur unter Beteiligung kommunaler Akteure

⁵ Vgl. den durch Germanwatch errechneten Erdüberlastungstag: <https://www.germanwatch.org/de/overshoot>

erreicht werden.⁶ Über 200 deutsche Kommunen haben die Resolution »2030 – Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten« des Rates der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet und bekräftigt, auch globale Partnerschaften zur Erreichung der SDGs stärken zu wollen. Einige Städte wie Garmisch-Partenkirchen und Greifswald haben kommunale Nachhaltigkeitsstrategien verabschiedet. Des Weiteren haben neun deutsche Städte bzw. Landkreise einen Voluntary Local Review erstellt, in dem sie nach internationalen Standards über ihre lokalen Fortschritte berichten.

Auch viele Unternehmen sind auf den SDG-Zug aufgesprungen. Durch die enorm hohe Finanzierungslücke der SDGs ist oft zu hören, dass private unbedingt zusätzlich zu öffentlicher Finanzierung gebraucht wird, um die Umsetzung der SDGs zu bezahlen. Wichtig hierbei ist: Öffentliche Gelder dürfen durch private Finanzierung nicht weniger werden. Öffentliche Finanzierung kann durch private Mittel ergänzt, nicht aber ersetzt werden. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge sind wenig profitabel, das heißt wenig attraktiv für Privatinvestoren, daher braucht es hier unbedingt staatliche Förderung. Von Privatinvestitionen profitieren außerdem gerade die Länder mit den größten Finanzierungslücken, also die ärmsten Länder, am wenigsten. Von den 2018–2020 durch Maßnahmen der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung im Privatssektor mobilisierten Mitteln gingen nur 12% an die einkommensschwächsten Länder (LICs). Von diesem Anteil flossen zwei Drittel der Mittel in nur fünf Länder.⁷

Es ist ein großer Erfolg der SDGs, dass sie eine riesige Sichtbarkeit und Bekanntheit erreicht haben und sich durch ihre Vielseitigkeit Akteur*innen aus ganz verschiedenen Bereichen und Ebenen mit ihnen identifizieren können. Es bleibt aber vor allem bei Unternehmen zu hinterfragen, inwiefern tatsächlich eine Auseinandersetzung mit den Zielen und dem eigenen Beitrag

zu nachhaltiger Entwicklung erfolgt. In Anlehnung an von diesen betriebenes *Greenwashing* gibt es einen ähnlichen Begriff auch im Bereich der Nachhaltigkeitsziele: Als *SDG-Washing* wird es bezeichnet, wenn Unternehmen sich vor allem im Marketing als Verfechter der SDGs präsentieren, ohne ihre Wirtschaftspraktiken entsprechend zu verändern oder diese beispielsweise nur sehr selektiv über ihr Engagement zu den SDGs berichten, während andere Bereiche, in denen ihr Handeln den SDGs entgegensteht, verschwiegen werden.

Um die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung wirklich umfassend zu erreichen, braucht es also die Regierungen als Akteure, die Rahmenbedingungen schaffen und kontrollieren. Diese Bedingungen müssen Engagement auf lokaler Ebene fördern und ermöglichen, andererseits aber auch Praktiken regulieren und verbieten, die nicht mit den SDGs vereinbar sind. Verbindliche Gesetze für Nachhaltigkeit sind für die SDG-Umsetzung also unverzichtbar.

Ausblick: Der Weg bis 2030

Aktuelle Umsetzungsprogramme und die Geschwindigkeit der Fortschritte im Nachhaltigkeitsbereich reichen nicht. Das haben auch die Staats- und Regierungschefs beim SDG-Gipfel in ihrer Halbzeitbilanz der Agenda 2030 festgestellt. In der politischen Abschlusserklärung des Gipfels heißt es: »Wir erkennen die dringende Notwendigkeit an, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Rückschritte umzukehren und den Fortschritt zu beschleunigen, um die Agenda 2030 zu erreichen und die SDGs umzusetzen.«⁸

Wie aber kann das gelingen? Zunächst einmal müsste anerkannt werden, dass die SDGs nicht umgesetzt werden können ohne systemischen Wandel und einen Wandel unserer Lebensweise im Globalen Norden. Die Art unseres Konsums und unserer Produktion ist mit der Erfüllung der Ziele nicht vereinbar. Es ist notwendig zu verstehen, dass die SDGs eng miteinander verbunden sind und der fehlende Fortschritt an globaler Ungerechtigkeit und eine imperiale

Lebensweise gekoppelt ist und das die Ansatzpunkte sein müssen.

Das Verringern von globaler Ungerechtigkeit muss in den Diskussionen um die Finanzierung der SDGs leitend sein. Die SDG-Finanzierung war in der Vorbereitung und während des Gipfels eines der Kernthemen. Durch multiple Krisen (u.a. Pandemie, mit dem Klimawandel verbundene Katastrophen, der Krieg in der Ukraine...) sind die Staatsschulden in Ländern des Globalen Südens deutlich angestiegen. Öffentliche Finanzmittel werden daher aktuell für die Rückzahlung von Auslandsschulden verwendet, auf Kosten der inländischen Bedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wirtschaftsfinanzierung und Klimaresilienz. Deshalb ist es wichtig, dass sich UN-Staaten darauf einigen, das globale Finanzsystem unter dem Dach der Vereinten Nationen zu reformieren und Schuldenerlasse, ein kodifiziertes Staateninsolvenzverfahren und eine neue, gerechte Steuerarchitektur zu verhandeln, wie von António Guterres vorgeschlagen. Dazu gab es leider beim SDG-Gipfel keine konkreten Beschlüsse.

Es braucht sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene starken politischen Willen als Schlüssel zum Erfolg, sowie mehr Verbindlichkeit und wirkliche Strategien zur Umsetzung anstatt einer bloßen ex post Begutachtung von Maßnahmen. Die Regierungen müssen nach dem Gipfel zeigen, dass sie es wirklich ernst meinen mit ihren gemeinsamen Bekräftigungen der Agenda 2030 und dass sie bereit sind, die notwendigen Anstrengungen für ihre Umsetzung zu unternehmen.

6 Vgl. Peters/Scheller/Ruddek: »Der Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in den deutschen Kommunen. Handlungsempfehlungen. Halbzeitbilanz«, 30.5.2023; online unter: staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/2023/handlungsempfehlungen-halbzeitbilanz-agenda-2030-in-deutschen-kommunen.pdf

7 Matile, Laurent: »Mobilisierung privater Gelder: viele offene Fragen«, 27.3.2023 in *global*; online unter: <https://www.plattformagenda2030.ch/mobilisierung-privater-gelder-viele-offene-fragen/>

8 Aus dem Englischen: UN General Assembly, President: »Political declaration adopted at the High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) under the auspices of the General Assembly in September 2023. Annex. Keyword 36«, 18. und 19.9.2023; online unter: <https://www.un.org/en/conferences/SDGSummit2023/political-declaration>



JUDITH HERMANN

ist Referentin für Nachhaltigkeit beim Forum Umwelt und Entwicklung



EILEEN ROTH

ist Referentin für Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung

INTERVIEW MIT MIHAJLO JOVANOVIĆ

Im serbischen Grenzgebiet zu Rumänien tut sich einiges durch die Bildungsprojekte für die Rom*nja-Minderheit.

Vorbilder für die Community: Bildungsarbeit für die Marginalisierten

Wie steht es bei Ihnen um kostenlose und gute Bildung für alle?

Derzeit sieht es in Serbien viel besser aus als in den vergangenen Jahren. Um das zu konkretisieren: Durch einige Projekte des BMZ und ein EU-Projekt haben wir tatsächlich in der Bildung einen Schritt nach vorne gemacht. Wir starteten diese Projekte nicht damit, den Menschen die Möglichkeit zu geben, einige Kurse zu besuchen, sondern wir haben am Anfang über die Probleme und in der Hauptsache darüber gesprochen, warum Bildung wichtig für unsere Gesellschaft ist. Und dann haben wir mit der Umsetzung begonnen, mit vielen Möglichkeiten für Jugendliche, nicht nur für die serbische Jugend, sondern auch für Minderheitengruppen, Flüchtlinge, Rückkehrer*innen und so weiter. Gegenwärtig gibt es viele Menschen, die sich dafür entscheiden, ihren Weg im Bildungssystem fortzusetzen, nicht nur die Grundschule, sondern auch Oberschulen und Universitäten zu besuchen. Deshalb sind wir sehr stolz darauf, dass die Rom*nja-Gemeinschaft real einen Schritt nach vorne macht und ihre Lebensumstände und ihre Position in der Gemeinschaft verbessert.

Bildungsmangel ist für viele Rom*nja-Familien eine schlechte Tradition, weil sich niemand um sie kümmert und sie oft keine Notwendigkeit für Bildung sehen. Für eine Arbeit, gar höher qualifizierte, ist sie jedoch unabdingbar.

Die Sache ist die, dass, wenn Serbien sich dem EU-Beitritt nähert, neue Bestimmungen aufgestellt werden und unser ganzes System verbessert werden muss. Dann werden neue Richtlinien und Regeln

eingeführt, die dazu führen werden, dass Menschen ohne Schulabschluss oder Grundschulkenntnisse nicht mehr arbeiten können, auch nicht in den niedrigsten Jobs. Am Anfang dachte man in den Familien, Bildung sei nicht wichtig, denn wenn man ohne Schule Arbeit findet, braucht man sie nicht. Und jetzt erkennen sie, dass man ohne Schule und Ausbildung nicht nur keine Arbeit bekommt, sondern auch für das Gesundheitssystem und die Arbeitsvermittlung unsichtbar ist. Sie erkennen, dass alles mit Bildung und Qualifikation beginnt. Darüber hinaus versuchen wir, sie mit Hilfe unserer Organisation mit anderen Menschen aus verschiedenen Städten zusammenzubringen, damit sie deren Geschichten kennenlernen. Diese Menschen suchen wir als Vorbilder für unsere eigene Gemeinschaft und für ihre Gesellschaft aus, denn das ist der beste Weg, um zu zeigen: Wenn dein Nachbar vorankommen kann, warum denkst du, dass du schlechter bist? Versuche einfach, selbst voranzukommen.

Akzeptieren die Familien diese Vorbilder?

Sie sind sehr wichtig für uns. Als ich anfang zu arbeiten, lebte ich selbst in einer Rom*nja-Gemeinschaft, die sehr gebildet war. Aber es gibt in meiner Stadt viele Rom*nja-Gemeinschaften, die fern von jeder Bildung sind. Natürlich kennen sie mich nicht, und sie erkennen mich nicht als einen Teil von ihnen an. Deshalb muss es jemand aus ihrer Mitte sein, der ihnen zeigt, dass das der Weg ist, den man gehen muss, um voranzukommen. Wenn ihr ein besseres Leben, ein gutes Leben haben wollt, dann seht ihr den Weg dorthin. Man muss sich bewusst machen, wo man steht und welche Möglichkeiten man hat.

Rom*nja-Gemeinschaften sind oft mit Rassismus und Vorurteilen konfrontiert...

Rassismus und Vorurteile gibt es in jeder Nation. Ich denke, dass wir das nie gänzlich abschaffen können. Aber wir dürfen nie aufhören, das zu thematisieren. Wir müssen uns bewusst machen, dass das überall passiert. Es trifft die Rom*nja-Gemeinschaft in Serbien, und so ist es im Allgemeinen überall auf der Welt. Deshalb müssen wir unsere Stimmen erheben und unser Bestes tun, um zu zeigen, dass manche Menschen vielleicht nicht genug Geld haben, um damit zu protzen oder wie andere Leute mit einem hohen Einkommen gut dazustehen. Aber man soll nicht vergessen, dass es viele Rom*nja gibt, die im Gesundheitswesen oder auch in staatlichen Einrichtungen arbeiten, was für uns, für mich als Rom, ein großer Schritt nach vorn ist. Und das ist unser Ziel, dass unsere Community in die übrige Bevölkerung, in das serbische Volk integriert wird, dass wir als Menschen anerkannt werden, die die gleichen Arbeiten wie andere Menschen machen können, und dass wir gleiche Rechte haben.

Ich kann nur sagen, dass es vorangeht; es wird immer besser. Ich arbeite in den Erasmus-Programmen (Internationaler Student:innenaustausch) mit, mit vielen Gruppen von Rom*nja und Nicht-Rom*nja. Sie arbeiten super gut zusammen. Es gibt keine wertenden Vorurteile und ähnliches. Alle haben ihren Spaß dabei. Aber das ist nur deshalb so, weil wir als eine große Gemeinschaft tätig sind. Wenn wir jemanden ausschließen, machen wir es uns selbst schwer. Meiner Meinung nach hat der Rassismus in Serbien deutlich abgenommen. Nicht nur gegenüber den Rom*nja. Es gibt

auch viele Albaner und Ungarn, mit denen wir zusammenarbeiten, beispielsweise mit Leuten aus dem Kosovo, die ohne Papiere nach Serbien kommen. Wir arbeiten mit Organisationen aus dem Kosovo und aus Albanien zusammen, versuchen, den Menschen Papiere zu beschaffen, damit sie im Land registriert werden und eine medizinische Versorgung erhalten können. Ja, ich kann sagen, dass es gut läuft.

Wie ist die Bildungssituation in Serbien?

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Bildung in den mitteleuropäischen Ländern und dem Balkan bzw. Serbien, denn wir haben die achtklassige Grundschule. Davor gibt es eine zusätzliche Klassen für die Kinder, bevor sie in die Schule kommen; also keinen Kindergarten, sondern eine Art Vorschule. Nach der Grundschule folgt die Oberschule. Uns ist wichtig, ein Programm zu schaffen, das die Kinder durch die Grund- und Oberschule begleitet, damit sie danach etwas Weiterführendes beginnen können. Sie sollen sich so besser zurechtfinden und Selbstbewusstsein gewinnen. Das Bildungssystem in Serbien ist ein bisschen anspruchsvoller. Die Lehrer*innen und Dozent*innen verlangen den Kindern viel ab. Im Vergleich zu meinen Freunden und meiner Familie, die im Ausland leben, fangen wir hier mit einigen Unterrichtsstoffen sehr viel früher an. Zum Beispiel mit dem ersten Englischunterricht. Einige Sachen, die hier in der Grundschule gelehrt werden, lernt man in Schweden erst in der Oberschule. Das ist vielleicht auch ein Grund dafür, dass viele Leute Land nach Abschluss der Universität verlassen, weil sie über ein breites Wissen verfügen. Und nach oder auch neben der Schule tun sie eine Menge, leisten Freiwilligenarbeit oder ähnliches. Dann aber kommt die Kehrseite der Medaille. Diese Menschen verlassen unser Land, weil das Lebensniveau hier niedriger ist.

Im Ausland ist das anders, dort wird viel spezifischer studiert. In Serbien studiert man nicht etwa nur Pharmazie, sondern dazu Geschichte, ein paar Sprachen und anderes. In den Ländern des Nordens studiert man nur das eine Fach, nicht etwas dazu, was man sonst noch im Leben brauchen kann. Das macht es aber für die Angehörigen von Minderheiten schwieriger, weil sie nicht in ihrer Muttersprache lernen, sondern auf Serbisch. Aber letztlich ist es doch besser, weil man sich weiterentwickelt. Mit solchen Kenntnissen kann man

in vielen Berufen arbeiten, leichter für sich einen Weg finden.

Abwanderung wird immer ein Problem sein. Vielleicht gibt es aber auch Menschen, die für eine Arbeit in ihr Heimatland zurückkehren?

Ja, da gibt es viele gute Geschichten von Menschen, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, um etwa ein Unternehmen aufzubauen. Wir arbeiten daran, ihnen solche Möglichkeiten zu zeigen, wenn sie zurückkehren wollen oder müssen. Das kann eine Unternehmensgründung sein oder auch eine Berufsausbildung. Vielleicht wird auch eine Schulausbildung begonnen oder fortgesetzt. Wir arbeiten mit vielen Schulen zusammen, auch in meiner Stadt, um die Rückkehrer*innen dort wieder einzugliedern.

Seit wir 2018 mit dem Projekt begonnen haben, haben wir bei etwa fünfzig Firmengründungen geholfen. Das ist eine ganze Menge für eine Stadt mit 70.000 Einwohnern. Und das macht natürlich Schule, denn diese Firmen stellen andere Leute ein, Jugendliche, Menschen aus Minderheiten, und das zeigt wieder, dass es Vorbilder gibt. Wie beispielsweise dieses Mädchen, das aus Deutschland zurückkam, einen Betrieb aufmachte und ein Mädchen einstellte, das ebenfalls eine Rückkehrerin war. Der Betrieb läuft besser, als wir es uns hätten vorstellen können. Die beiden arbeiten immer noch zusammen. Ich weiß gar nicht, was wir den beiden noch an Ratschlägen geben sollen, was sie von uns erwarten. Vielleicht ein wenig Hilfe bei dem Papierkram und mit der Bürokratie.

Können Sie generelle Veränderungen im Bildungssystem in Serbien erkennen?

Um ehrlich zu sein, hat man in Serbien erst nach der Covid-Krise begonnen, wie in modernen Ländern zu arbeiten, indem man Online-Klassen eingerichtet und festgestellt hat, das Online-Lernen gar nicht so schlecht ist, funktioniert und einige Fortschritte ermöglicht. Wir dachten bislang immer, wenn man online über das Internet arbeitet, wäre das keine richtige Sache, bei der man etwas lernen würde. Wenn man durch Online-Kurse Zeit spart, mehr über IT lernt, über das Internet und die Nutzung von Technologie, kommt man an einen Punkt, wo die jungen Leute Computer brauchen, um Online-Bibliotheken zu nutzen. Wir haben jetzt Workshops, in

denen wir erklären, warum es wichtig ist, über Umweltschutz und Recycling nachzudenken. Wie viele Bäume werden für die Produktion von Papier, von Schreibheften usw. abgeholzt. In Schweden und Norwegen hat man genügend Wald, und trotzdem verwenden sie dort Laptops und Tablets. Sie wissen, dass das für die Gesellschaft, für die Natur, für die Gesundheit wichtig ist. Ich denke, dass auch wir Fortschritte machen. Es gibt immer mehr Menschen, die sich für IT interessieren und dafür auch Universitäten besuchen. Wenn man von zu Hause aus studieren kann, spart man Geld und Zeit, das ist nicht unwichtig. Damit wird es auch für Menschen aus ländlichen Gebieten einfacher, aktiv zu sein und sich mehr einzubringen.

Welche Erwartungen haben Sie für die nächsten fünf Jahre?

Ich habe große Erwartungen an mein Land, an meine Gesellschaft, weil ich wirklich weiß, wie sehr wir uns bemühen. Und ich weiß, wie fleißig meine Kolleg*innen und Freunde sind. Ich beobachte sie jeden Tag, genauso wie unsere Freiwilligen. Auch wenn sie nichts haben, bemühen sie sich, denn sie werden dafür belohnt, dass sie Fortschritte machen und ein Vorbild für andere Kinder sind. Ich bin sehr stolz auf sie und ich weiß, dass Serbien in fünf Jahren in einer besseren Situation sein wird. Ich spreche noch nicht von einem Beitritt zur Europäischen Union, aber wir werden mehr Gleichheit in der Gesellschaft haben, ein viel besseres Leben und dazu freie Medien; das ist sehr viel mehr als das, was wir jetzt haben. Durch Proteste und Streiks zeigen wir, dass wir uns der Probleme und unserer Position in der Gesellschaft bewusst sind.

Ich danke für die Gelegenheit, im Namen meiner Organisation, der Jugend und der Rom*nja-Gemeinschaft zu sprechen. Ich mag diese Art von Interviews sehr, Leuten aus Europa zu zeigen, dass wir etwas tun und nicht nur reden. Wir haben für die Menschen das Fenster weit geöffnet. Wir reden nicht mehr über Reality-Shows, sondern über unsere Lage. Das ist ein Aufbruch.



MIHAJLO JOVANOVIĆ
ist Koordinator des
Gründerzentrums Požarevac
der Region Braničevo

Das Gespräch führte Mario Pschera

LIA PAUST-LASSEN

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung – ist als Unterziel 4.7 der Agenda 2030 formuliert.

Bildung als Schlüssel: doch viele Türen bleiben verschlossen

Für eine Einschätzung zum Stand der Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Entwicklungsziele ist ein Blick auf die internationalen Entwicklungen notwendig. In der VENRO-Publikation¹ zum SDG-Gipfel 2023 wird festgestellt, dass noch immer 828 Millionen Menschen unter chronischem Hunger leiden und 258 Millionen Menschen von akuter Nahrungsunsicherheit betroffen sind. Ende 2021 lebten schätzungsweise 659 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar pro Tag. Rund zwei Milliarden Menschen arbeiten in prekären, informellen Jobs. Weitere rund 570 Millionen Menschen sind Kleinbäuer*innen. Deren ohnehin schon nahe oder unter der Armutsgrenze liegenden Einkommen sinken durch hohe Preise für Grundnahrungsmittel und die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Erträge deutlich. Soziale Sicherungssysteme erreichen weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung, mehr als vier Milliarden Menschen verfügen über keinerlei soziale Absicherung. Die Folgen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Kriegs und des Klimawandels ließen die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit weiter wachsen. Bislang erreichte Fortschritte bei der SDG-Umsetzung wurden ausgebremst oder sogar rückgängig gemacht. Die Auswirkungen bekommen besonders verwundbare Gruppen, Frauen und Kinder sowie ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu spüren.

Auch der Bericht der UN zeigt ernüchternde und besorgniserregende Trends auf. Dem Bericht des UN-Generalsekretärs² liegt eine vorläufige Auswertung von rund 140 der 169 Unterziele der SDGs zugrunde, derzufolge die Weltgemeinschaft bei lediglich 12% der globalen Entwicklungsziele auf dem richtigen Weg ist. Bei etwa der Hälfte der Unterziele gibt es zwar Fortschritte, diese reichen aber nicht für das Gesamtziel 2030 aus. Bei mehr als 30% der Ziele gibt es keine Veränderung oder sogar einen Rückschritt im Vergleich zu 2015. Setzt sich der derzeitige Trend fort, werden im Jahr 2030 immer noch 575 Millionen Menschen in extremer Armut leben. In Bezug auf den Hunger ist die Welt wieder auf das Niveau von 2005 zurückgefallen. Beim jetzigen Tempo würde es zudem fast 300 Jahre dauern, die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der rechtlichen Stellung zu beseitigen und diskriminierende Gesetze abzuschaffen.

Grundsätzliche Einschätzungen zum SDG 4

Die Einschätzungen zu den Unterzielen von SDG 4 belegen diese Trends. Der internationale Monitoring-Report der Vereinten Nationen konstatiert, dass die Fortschritte bei der Umsetzung der Maßnahmen zu den Bildungs- und Erziehungszielen deutlich langsamer als erforderlich waren und die COVID-19-Pandemie in vier von fünf der 104 untersuchten Länder verheerende Auswirkungen auf die Erziehungssysteme hatte.

Ohne zusätzliche Maßnahmen würde nur jeweils eins von sechs Ländern die Sekundarschul-Ziele bis 2030 erreichen können (4.1), schätzungsweise 84 Millionen Kinder und junge Menschen würden weiterhin keine Schule besuchen können und ca. 300 Millionen Schüler*innen würden die Grundfertigkeiten in Rechnen und Lesen verfehlen.

Große Unterschiede in der frühen Bildung wurden für Menschen in 61 Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen und eine große Lücke (16%) zwischen urbanen und ländlichen Räumen festgestellt. Zwischen den reichsten und ärmsten Gruppen klappt eine Lücke von 34 Prozentpunkten. Im Global-Education-Monitoring-Report³ wird das UNESCO-Institut für Statistik zitiert, demzufolge 387 Millionen beziehungsweise 56% der Kinder im Grundschulalter nicht über Grundlesekompetenzen verfügen: 81% der Kinder in Zentral- und Südasien und 87% der Kinder in Subsahara-Afrika sind davon betroffen, aber nur 7% der Kinder in Europa und Nordamerika. Der Report betont, dass es in vielen Ländern keine Garantie dafür gibt, dass Kinder lesen können, selbst wenn sie die Grundschule abgeschlossen haben. Weltweit waren von allen, die das Äquivalent einer Grundschulbildung abschlossen, ein Drittel der Kinder nicht in der Lage, einen einfachen Satz zu lesen. Dieser Anteil steigt in Zentral- und Südasien auf zwei Drittel und in Subsahara-Afrika auf die Hälfte (48%).

1 Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.: https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Standpunkte/VENRO_Standpunkt_SDG_Summit_2023_DE.pdf

2 <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/halbbilanz>

3 <https://www.education-progress.org/de/articles/access>

Die Bildungsziele auf einen Blick

SDG 4 Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Unterziel 4.1 Kostenlose Grund- und Sekundarschulbildung

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Primar- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt

Unterziel 4.2 Gleichberechtigter Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind

Unterziel 4.3 Gleichberechtigter Zugang zu bezahlbarer fachlicher, beruflicher und tertiärer Bildung: Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten

Unterziel 4.4 Erhöhung der Anzahl von Personen mit relevanten Fähigkeiten für beruflichen Erfolg

Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen

Unterziel 4.5 Beseitigung aller Diskriminierungen im Bildungswesen

Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen und den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten

Unterziel 4.6 Allgemeine Alphabetisierung und Rechenschaftsfähigkeit

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen

Unterziel 4.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung und Weltbürgerschaft

Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung

Unterziel 4.a Aufbau und Ausbau inklusiver und sicherer Schulen

Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten

Unterziel 4.b Ausweitung von Hochschulstipendien für Entwicklungsländer:

Bis 2030 weltweit die Zahl der verfügbaren Stipendien für Entwicklungsländer, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die afrikanischen Länder, zum Besuch einer Hochschule, einschließlich zur Berufsbildung und zu Informations- und Kommunikations-technik-, Technik-, Ingenieurs- und Wissenschaftsprogrammen, in entwickelten Ländern und in anderen Entwicklungsländern wesentlich erhöhen

4.c Angebot an qualifizierten Lehrkräften erhöhen

Bis 2030 das Angebot an qualifizierten Lehrkräften unter anderem durch internationale Zusammenarbeit im Bereich der Lehrerbildung in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern wesentlich erhöhen

Für die deutsche Entwicklungspolitik spielt Bildung eine wesentliche Rolle

Über die Entwicklungszusammenarbeit des BMZ⁴ werden auch Bildungsprojekte und globale Initiativen zur Umsetzung von Maßnahmen im SDG-4-Bereich gefördert.⁵ Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Armut und Bildungsarmut eng miteinander verknüpft sind: Mangelnde Bildung ist eine der Hauptursachen für materielle Verarmung. Und ohne Bildung wird Armut häufig von einer Generation auf die nächste übertragen. Das BMZ hat die frühkindliche Bildung in seine Bildungsstrategie aufgenommen. In einem ganzheitlichen Bildungsansatz werden Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung in Programme der erweiterten Grundbildung integriert. Die erweiterte Grundbildung umfasst die frühkindliche Bildung, die Primarschulbildung, die untere Sekundarschulstufe sowie das außerschulische (non-formale) Erlernen von Basiswissen und Alltagsfähigkeiten (»life skills«).

Bildungsziele im OECD-Vergleich

Im Bildungsbericht der OECD werden erhebliche Unterschiede zur Situation in den OECD-Ländern thematisiert. Zum Bildungszugang, zur Beteiligung an Bildung und zum Bildungsverlauf wird z.B. für Deutschland festgestellt, dass vom 6. bis zum 18. Lebensjahr eine Schulpflicht besteht, wobei ca. 90% der Bevölkerung eine Bildungseinrichtung besuchen, die über diese Pflichtschulzeit hinausgeht. Dies ist mit der Situation in den meisten anderen OECD-Ländern vergleichbar, in denen mehr als 90% der Bevölkerung über die Schulpflicht hinaus an Bildung teilnehmen. Im frühkindlichen Bereich variiert das Bildungseintrittsalter im internationalen Vergleich erheblich. Mit konkreten Bildungszielen beginnt in Deutschland die frühkindliche Bildung für Kinder unter einem Jahr, an der 39% der Kinder unter drei Jahren teilnehmen. Im OECD-Durchschnitt liegt die Teilnahmequote bei 27%. Die Spannweite ist allerdings erheblich und reicht von 1% bis zu 63%. Für die ältere Gruppe der 3- bis 5-Jährigen ist die Teilnahmequote deutlich höher, über dem OECD-Durchschnitt liegt die Teilnahmequote in Deutschland mit 94 %.

Der OECD-Bericht betont, dass die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zu den öffentlichen Gesamtausgaben wichtige Indikatoren für die Bedeutung sind, die die Staaten bei haushaltspolitischen Entscheidungen der Bildung beimessen. Dem Bericht zufolge geben die OECD-Länder für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer*in im Schnitt jährlich 11.990 USD⁶ aus, 2019 waren das in Deutschland 14.632 USD je Bildungsteilnehmer*in.

Wie in den jährlichen OECD-Berichten zuvor, wird die fehlende Bildungsgerechtigkeit in Deutschland kritisiert. Die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist in Deutschland weiterhin hoch. Die soziale Herkunft entscheidet stark darüber, welchen Schulabschluss jemand macht, welcher Beruf gewählt wird und damit auch, welches Einkommen später erzielt werden kann. Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind die Aufstiegschancen aus den unteren Einkommensschichten seit den 1980er Jahren kontinuierlich gesunken. Prinzipiell gilt nach OECD-Erkenntnissen: je höher der sozioökonomische Status, desto höher die Beteiligungsquote am Gymnasium. Je geringer der Status, desto eher besuchen Jugendliche die Haupt- oder Mittelschule. Dieser Zusammenhang gilt für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund.

In Deutschland bemüht sich die Initiative »Arbeiterkind.de« um Abhilfe, eine gemeinnützige GmbH, die Schülerinnen und Schüler aus nichtakademischen Haushalten über die Möglichkeit eines Studiums informiert und sie ermutigt. »Arbeiterkind.de« bietet auch Unterstützung für das Studium selbst, ebenso Programme für den Berufseinstieg. Und sie setzt sich in der Öffentlichkeit für mehr Bildungsgerechtigkeit ein.⁷

Stellungnahme der Deutschen UNESCO-Kommission zur Halbzeitbilanz der Agenda 2030 zu Unterziel 4.7 »Bildung für nachhaltige Entwicklung«

Die Deutsche UNESCO-Kommission hält in ihrem Thesenpapier »BNE« vom März 2023 fest, dass sich die Weltgemeinschaft mit

dem SDG 4.7 bis 2030 vorgenommen hatte, dass alle Lernenden die für nachhaltige Entwicklung notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben.⁸ Der Global Sustainable Development Report 2023 zeigt, dass nur wenige Ziele der Agenda erreicht werden und fordert daher, die Anstrengungen gerade im Bildungsbereich zu verdoppeln. In einer UNESCO-Studie von 2022 werden weltweit Defizite zur Umsetzung von BNE am Beispiel Klimabildung deutlich, da 70 % der weltweit rund 17.500 befragten Jugendlichen zwischen 11 und 25 Jahren angaben, dass sie Klimawandel nicht kennen oder nicht genauer erklären können. Deutlich wurde die Besorgnis der Jugendlichen über ihre eigene Zukunft und die Klage darüber, dass ihre Lehrenden nicht in der Lage seien, den Klimawandel zu erklären und adäquat zu unterrichten. Deswegen fordern sie, dass Lehrende stärker darin unterstützt werden, den Klimawandel spielerisch, lösungs- und handlungsorientiert vermitteln zu können.

Für die Halbzeitbilanz bzgl. SDG 4.7 sind die Projekte und Maßnahmen der Deutschen UNESCO-Kommission von großer Bedeutung. Sie ist wesentlicher Treiber für das UNESCO-Programm »BNE 2030« in Politik und Gesellschaft. Mit der Vergabe des Nationalen Preises BNE sowie weiterer Auszeichnungen gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung trägt sie zur Förderung eines Transfers von guter BNE-Praxis bei. Darüber hinaus wurden UNESCO-Netzwerke und Projekte gefördert, z.B. ein ganzheitlicher Bildungsansatz (whole-school-approach) an den UNESCO-Projektschulen.

Ausgewählte Beispiele aus der Zwischenbilanz der Nationalen BNE-Plattform 2019⁹

Der Nationale Aktionsplan BNE (NAP BNE) wurde 2017 als ein wesentlicher Meilenstein in der Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms von der Nationalen Plattform BNE verabschiedet. Erarbeitet wurde er zwischen Ende 2015 und Mitte 2017 von circa 300 Organisationen, insbesondere

⁴ <https://www.bmz.de/de/themen/allgemeine-grundbildung/handlungsansaetze-2394>

⁵ <https://www.engagement-global.de/aktuelle-meldung/vom-globalen-zum-transformativen-lernen.html>. Weitere Infos: <https://www.globaleslernen.de/de>

⁶ US-Dollar-Äquivalente, umgerechnet auf KKP-Basis für das BIP

⁷ <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/wirimwandel/505645/wenn-die-soziale-herkunft-bestimmt-monika-und-burcu-stehen-fuer-bildungsgerechtigkeit-ein/>

⁸ Thesenpapier »BNE« der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK), Walter Hirche, Mitglied des Vorstands der DUK und Internationaler Berater der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung am 1. März 2023

⁹ https://www.bne-portal.de/SharedDocs/Publikationen/de/bne/zwischenbilanz-zum-nationalen-aktionsplan-bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=3

den BNE-Fachforen. Mit dem NAP besteht erstmals in Deutschland eine umfassende BNE-Strategie, die von Bund, Ländern und Kommunen, Vertretungen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam verabschiedet wurde und seitdem umgesetzt wird. Zur wirksamen Beteiligung von Jugendlichen wurde das »youpaN« gegründet. 25 junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren arbeiten aktiv in den bestehenden Gremien und Strukturen mit.

Im Monitoring des Instituts Futur zur beruflichen Bildung werden zahlreiche Modellprojekte zu Umweltthemen und zu BNE in den letzten Jahrzehnten aufgeführt, oft vom Bundesinstitut für berufliche Bildung initiiert oder begleitet. Die strukturelle Verankerung von BNE stellt allerdings noch eine große Herausforderung dar. In den seit 2019 überarbeiteten und 2021 in Kraft getretenen Standardberufsbildpositionen¹⁰ für alle Ausbildungsberufe sind die Positionen »Umweltschutz und Nachhaltigkeit« neu aufgenommen worden.

Die Ergebnisse des BNE-Monitorings für den Bereich »NIL /Non-formales und informelles Lernen« des Instituts Futur bestätigen, dass die Bildungsakteure und Institutionen in diesem Bereich eine entscheidende Bedeutung in der Initiierung, Wahrnehmung und außerschulischen Verankerung von BNE haben. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojekt »Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune: BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation (BiNaKom)«¹¹ begleitet seit 2020 circa 50 Modellkommunen bundesweit bei der systematischen Weiterentwicklung und Implementierung von BNE auf lokaler Ebene. Kommunen bzw. kommunale Bildungslandschaften werden im Nationalen Aktionsplan BNE als entscheidender Ort der Verbreitung und Umsetzung von BNE ausgemacht. Sie haben, etwa als Träger von Bildungseinrichtungen, viele Möglichkeiten, die Verankerung von BNE ganzheitlich in formalen, non-formalen und informellen Lernumgebungen zu fördern und zu gestalten. Kommunen und Interessierte können überprüfen, wie weit die Verankerung von BNE in ihrer Region bereits gediehen ist, der »Hamburger

BNE-Check für Kommunen«¹² hält dafür fünf Themenbereiche mit insgesamt 20 Fragen bereit.

Der 7. BNE-Bericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt einmal pro Legislaturperiode den Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung vor. Der 7. Bericht umfasst den Zeitraum von Mitte 2017 bis Mitte 2021.¹³ In Kapitel 3 berichten Bundesregierung, Länder, Kommunen und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure über ihre Maßnahmen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und weitere Nachhaltigkeitsaktivitäten. Erwähnt wird u.a., dass das BMBF 2019 die Einrichtung einer Monitoring-Internetseite der UNESCO (»SCOPE – Scoping Progress in Education«) förderte, um die Fortschritte bei der Erreichung von SDG 4 weltweit zu dokumentieren. Sie ergänzt die Druckfassung des Weltbildungsberichts zur Überwachung und Messung von Fortschritten.¹⁴

Ausblick

»Halfway through, but nowhere near (Auf halbem Weg, aber nicht näher dran) – so wurde in New York der Weg der Weltgemeinschaft zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen immer wieder zusammengefasst«, berichtet Kai Niebert, Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung, der Mitte Juli beim High Level Political Forum in New York dabei war: »Klar ist, es wird mehr als eng bis 2030.«¹⁵ Auf dem SDG-Gipfel ist demzufolge die Finanzierung der nachhaltigen Transformation eines der großen Themen. »Mit Blick auf die Halbzeitbilanz schlägt der UN-Generalsekretär einen Rettungsplan für die Menschheit und den Planeten (»Rescue Plan for People and Planet«) vor.

Dieser soll im Kern folgende Punkte enthalten: A) Mitgliedsstaaten sollen nationale Strategien zur Verringerung von Armut und Ungleichheit formulieren, die SDGs zu einem zentralen Thema ihrer Planungs- und Kontrollmechanismen machen und die Haushalte auf allen staatlichen Ebenen auf die Erreichung der Entwicklungsziele

ausrichten. B) Staaten und Finanzinstitutionen sollen Maßnahmen ergreifen, um den vom UN-Generalsekretär vorgestellten SDG-Stimulus zu verwirklichen und die internationale Finanzarchitektur zu reformieren. Es sollen Schwerpunkte auf Politik und Investitionen, die positive Effekte auf alle Ziele haben, gesetzt werden. So sollen Staaten beispielsweise ihre Investitionen in die soziale Sicherung erhöhen, Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter ergreifen sowie die Nutzung von erneuerbaren Energien ausbauen.«¹⁶

Im UNESCO-Programm »ESD 2030« werden drei neue Schwerpunkte gesetzt:

1. das Erfordernis von BNE für die individuelle und gesellschaftliche Transformation;
2. die Adressierung struktureller Transformationen (z.B. die Kluft zwischen Wirtschaftswachstum, Prinzipien nachhaltiger Entwicklung und derzeitigen Industrie- und Produktionsmustern) und
3. die Chancen neuer technologischer Entwicklungen nutzen und ihre Anwendung kritisch reflektieren.

Alle UNESCO-Mitgliedsstaaten haben auf der internationalen Auftaktveranstaltung 2021 in Berlin für das neue UNESCO-Programm »BNE 2030« eine Resolution verabschiedet, die »Berliner Erklärung«¹⁷. Zur breiteren Verankerung dieser transformativen Bildungsziele hat das BMBF eine Kampagne¹⁸ gestartet: »Lernen. Handeln. Gemeinsam Zukunft gestalten. Bildung für nachhaltige Entwicklung.«



PIA PAUST-LASSEN

ist Lehrbeauftragte des Studiengangs »Bildung für Nachhaltige Entwicklung« an der Alice Salomon-Hochschule Berlin

¹⁰ <https://www.bibb.de/de/134898.php>

¹¹ <https://www.bne-kompetenzzentrum.de/de/das-projekt/hintergrund>

¹² https://www.bne-portal.de/bne/de/funktionen/quick-check/quick-check_node.html

¹³ <https://www.bne-portal.de>

¹⁴ Monitoring-Internetseite der UNESCO.

¹⁵ <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/hlpf-die-weltgemeinschaft-ist-nicht-auf-kurs/?cn-reload=1>

¹⁶ <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/halbzeitbilanz>

¹⁷ <https://www.unesco.de>

¹⁸ <https://www.bne-portal.de>

INTERVIEW MIT PAUL DIVAKAR NAMALA

Um den Marginalisierten, den Unsichtbaren zu helfen, bedarf es vieler Mikroprojekte auf Gemeindeebene, die die Menschen aus der Armut holen.

»Wir brauchen keine Großprojekte!« Der Klimaschutz geht in die falsche Richtung

Sie haben am SDG-Gipfel teilgenommen...

Richtig. Ich habe dort als Koordinator das »Global Forum of Communities Discriminated on Work and Descent« (GFCDD – Weltforum der aufgrund ihrer Arbeit und Abstammung diskriminierten Gemeinschaften), das das Ziel, ausgeschlossene Gemeinschaften in die Öffentlichkeit zu bringen, sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Ein anderes Netzwerk, dessen Co-Vorsitzender ich bin, ist »Global Call to Action Against Poverty« (GCAAP – Weltweiter Aktionsaufruf gegen Armut). Wir hatten dazu noch zur »Weltversammlung der Völker« (Global People's Assembly) geladen, einer Plattform von 60 zivilgesellschaftlichen Netzwerken wie Greenpeace, Amnesty International und anderen, die regional, national und international organisiert sind. Diese hat dann eine Erklärung ausgearbeitet.

Beeindruckend. Wie passt die Bilanz des Gipfels dazu?

Es war ziemlich schockierend. Der UN-Generalsekretär erklärte, dass mehr als 50% der Ziele nicht einmal annähernd zur Hälfte erreicht seien. Zu 12% geht die Entwicklung sogar in die entgegengesetzte Richtung. Nach seinen Worten wird das, wenn wir so weitermachen, eine echtes Desaster für die Welt. Immerhin hat keiner behauptet, alles wäre in Ordnung und dass wir das irgendwie schaffen werden. Es stimmt schon hoffnungsvoll, dass wenigstens diese Einschätzung realitätsnah ist. Wir sind nicht weitergekommen. Wir haben Verständnis für die bürgerlichen Gesellschaften, die mit Ausnahme der Klimaziele jedes Ziel erreicht haben, was sie erreichen wollten. Denn sie sind die Oberschicht, der es ohnehin besser geht. Die ganze UNO und die Generalversammlung ist jedoch der

Ansicht, dass wir uns auf die abgehängten Gemeinschaften konzentrieren müssen. Zum Wohle der Gesamtgesellschaft, aber eben auch der Communities, die über Generationen im Stich gelassen wurden. Sie sind es, denen es schlechter gehen wird, bei einer umfassenden Wirtschaftskrise und Rüstungsausgaben, die in keiner Weise heruntergefahren wurden. Kriege und bewaffnete Konflikte sind in vielen Teilen der Welt noch ein Thema, ein großer Teil der Verteidigungshaushalte und der Gesamtbudgets fließt in deren Finanzierung und nicht in die notwendige allgemeine Entwicklung gebeutelter Länder. Das Klima ist nicht eine Sache der Oberschicht oder der Armen, es betrifft alle, wenn wir es nicht schaffen, den Kohlenstoffausstoß zu reduzieren. Die Klimafinanzierung läuft nicht so, wie sie sollte, und Hauptleidtragende sind hier wieder die Schwächsten, die es am härtesten trifft, die ungeschützt sind. Ihre Situation wird verheerend sein, wenn die Wellen hochschlagen.

Wie sieht das in den Regionen aus?

Die Ausmaße haben deutlich zugenommen, bei Überschwemmungen, Wirbelstürmen wie auch Dürre und Wasserknappheit. Es trifft auch den Norden, aber die Auswirkungen im Süden sind sehr viel stärker. Von einem Wirbelsturm im Norden wird in der Presse ganz anders berichtet als von einem vergleichbaren, von dem eine größere Anzahl von Menschen in einem südlichen Land betroffen ist. Sei es im Sudan, in der Sahelzone, in Bangladesch oder Indien. Schon die Sichtbarkeit ist ein Problem. Zudem ist die Zahl der Geschädigten höchst unausgewogen. Im Süden ist die Zahl der Menschen, die von den Klimaschwankungen betroffen sind, viel größer. Die Häufigkeit und Dauer von Dürreperioden in Ländern wie Pakistan,

Indien, Bangladesch, auch in Regionen Afrikas, die normalerweise kaum von Dürren betroffen sind, haben zugenommen. Es gibt Hilfsprogramme zur Risikominderung, doch es trifft immer die Armen, die das schon über mehrere Generationen sind. Sie müssen in gefährdeten Gebieten leben, sie wurden mit ihren Siedlungen in die Uferzonen verdrängt, sie wohnen in erdrutschgefährdeten Zonen. Unter den Getöteten oder denen, deren Häuser zerstört wurden, sind die Armen überproportional vertreten. Und wenn Risikominderungs- oder Hilfsprogramme aufgelegt oder auch nur Opferzahlen dokumentiert werden, werden sie oft nicht mitgezählt.

Sie sind sozusagen dreifach marginalisiert: durch Naturereignisse, ihren Aufenthaltsort und das menschliche Moment, die Ausgrenzung ihrer Gemeinschaften. Der Klimawandel trifft jeden, aber wenn es um bessere Orte, bessere Unterkünfte, Entschädigungen oder Umsiedlungsmöglichkeiten geht, haben die Ausgeschlossenen keine Chance. Es gibt keine funktionierenden Mechanismen, die Ausgeschlossenen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, womit sie konfrontiert sind und sie mit den nötigen Mitteln auszustatten, diesen Gefahren besser zu begegnen. Wenn man das aber nicht tut, wenn diese Menschen unsichtbar gemacht werden und man völlig gleichgültig ihnen gegenüber ist, nicht sieht, was die Auswirkungen des Klimawandels ihnen antun, dann kann man einfach so weitermachen wie bisher.

Was sollte der Weg sein, die Unsichtbaren sichtbar zu machen? Gerade in betroffenen Regionen werden für das Militär mehr Mittel bereitgestellt, als für Maßnahmen gegen die Flut oder Dürren.

Es gibt keine einfachen Antworten. Eine ganze Industrie lebt nur von Waffensystemen und Verteidigungsmaßnahmen. Wir glaubten, dass die Welt aus zwei Weltkriegen, aus diesen ganzen sinnlosen Zerstörungen gelernt hat. Tatsächlich aber haben wir nichts gelernt. Schauen wir uns die ungeheuren Summen an, die für die Entwicklungsarbeit nötig sind – der UN-Generalsekretär spricht von mindestens 500 Milliarden Dollar pro Jahr – um die UN-Ziele auch nur annähernd zu erreichen, und dann schauen wir auf die Verteidigungsausgaben aller Länder, diese übersteigen die 500 Milliarden bei weitem. Wenn man da nicht ansetzt, wird es an den nötigen Mitteln fehlen, und ohne die Mittel fehlt es auch an politischem Willen. Vielleicht ist das wie bei der Huhn-Ei-Frage: erst kommt der politische Wille, dann die Mittel, oder auch umgekehrt. Im Endeffekt aber wird immer mehr für die Verteidigung ausgegeben.

Und warum werden fossilen Brennstoffe immer noch auf einem höchst problematisch Niveau ausgebeutet? Der Pro-Kopf-Verbrauch an Kohlenstoffen ist in den nördlichen Ländern viel höher als in den südlichen, wo ist die Logik, wenn Deutschland, die USA oder Europa dem Süden vorhalten: Ihr müsst dieses und jenes tun, euer Fiskalsystem in Ordnung bringen, gegen Korruption und Diskriminierung vorgehen. Was sind solche Predigten wert, wenn ihr es nicht einmal schafft, euren Kohlenstoffverbrauch zu senken. Was allein in den USA in die Luft gepumpt wird, ist exorbitant. Die Gemeinschaft, aus der ich komme – ich bin ein Dalit aus Südasien – ist seit Generationen diskriminiert. Da gab es keine Generation, die wegen irgendwelcher Finanzkrisen arm geworden ist, nein, wir waren schon vorher die Sklaven des Südens. Und die hierarchischen Systeme sind immer noch so, sie produzieren weiterhin Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit. Die Menschen werden immer noch subtil unter der Armutsgrenze gehalten, so dass sie ständig der Gnade derer ausgeliefert sind, die die Ressourcen kontrollieren. Das muss man sichtbar machen! Wir sprechen über einen gewaltigen Teil der Menschheit, wir sprechen über Millionen und Abermillionen, die aufgrund ihrer Arbeitsumstände und ihrer Herkunft diskriminiert werden. Nach unseren Untersuchungen sind es allein 270 Millionen Menschen und ich bin mir sicher, dass es weitere 120 Millionen gibt, die im Verborgenen leben und noch gar nicht ausreichend

erfasst sind. Man mag es kaum glauben, dass sogar in Japan, das angeblich so wirtschaftlich hochentwickelt ist, Menschen wie die Burakumin (Angehörige »unreiner Berufe«) über Generationen hinweg diskriminiert und ausgeschlossen werden. Oder Gruppen in der Sahelzone, die von der Entwicklungshilfe ausgeschlossen sind. Selbst in Europa werden Gemeinschaften wie die Sinti und Roma ausgegrenzt, politisch wird nur unzureichend entgegengesteuert, oder Menschen mit Behinderungen, LGBT-QI, Frauen, Kinder oder auch Migranten. Wir brauchen mehr als Erklärungen, wir brauchen den politischen Willen, der sich in einem Mindestmaß an sozialem Schutz niederschlägt, der die Menschen auffängt. Bislang steht das nicht im Fokus, oder irre ich mich?

Wäre ein Weg, die Finanzströme zu kap- pen, die aus unterentwickelten Ländern in Offshore-Gebiete fließen?

Ja, das ist noch so eine Sache, die ganzen illegalen Geldflüsse, ob sie nun aus dem Verkauf von Bodenschätzen oder der natürlichen Ressourcen des Landes stammen; das völlige Fehlen kontrollierter und transparenter Finanzsysteme in diesen Ländern hat Auswirkungen, man braucht Kontrolle und Transparenz sowie funktionierende Fiskalstrukturen. Ich würde die Schuld nicht nur den südlichen Ländern zuweisen, sie werden von bestimmten Unternehmen geradezu ermutigt, über Offshore-Konten finanzielle Mittel in die USA oder andere Länder zu transferieren. Oder zu einer Schweizer Bank. Das andere ist, dass ein viel größerer Teil der Budgets für die Mikroentwicklung von Gemeinden aufgewendet werden müsste. Im Namen der Entwicklung werden immer große Projekte finanziert, Häfen, Flughäfen, Straßen, Infrastruktur, das Übliche. Brauchen wir das wirklich? Dann fehlt das Geld für die Mikroentwicklung, die notwendig ist, um Menschen aus der Armut zu holen: einen besseren Zugang zu Gemeinschaftskrediten, zu Bildungskrediten, für Unternehmen auf Gemeindeebene. Wir sagen, ob im Norden oder im Süden – weil es auch im Norden einen »Süden« gibt – ist die Mikroentwicklung noch kein Schwerpunkt. Man muss die illegalen Finanzströme eindämmen, Mittel in die Mikroentwicklung stecken. In selbsttragende Projekte etwa, die den Kohlenstoffverbrauch auf lokaler Ebene reduzieren können. Aber selbst im Klimaschutz sehen wir, dass es in die falsche Richtung

geht. Wieder sind es nur große Unternehmen, die von den Geldern profitieren, und nicht etwa tausende von Gemeinwesen, die klimafreundliche Projekte auf die Beine stellen. Geld muss so kanalisiert werden, dass es nicht bei der Oberschicht landet, sondern bei den Armen, um dort etwas zu bewirken. Ich denke, dass das der Schlüssel ist.

Ich bin mir nicht über alle zu ergreifenden Maßnahmen sicher, weil das alles komplex ist, aber wir müssen auf ökonomischem Wege regulieren, die Dekarbonisierung beispielsweise, oder die Verteilung von Einkommen, um mehr Menschen Raum zu geben als nur den wenigen kleinen Gruppen, die derzeit profitieren. Nun kennen wir die politischen Umstände, wir wissen, wer in diesen Staaten regiert, da muss sich einiges verändern. Wir müssen unser Leben aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, die Konsummuster müssen sich ändern und zwar bei den Vermögenden. Man kann nicht von den Armen verlangen, dass sie sich einschränken, ihr Konsum ist sowieso schon niedrig. Wir müssen sparsam mit Ressourcen umgehen, brauchen eine weltweite Regulierung, eine breiter gedachte Wirtschaftspolitik, die nicht die Lasten dem Süden auferlegt. Entwicklungspolitik wie Klimapolitik muss inklusiv sein, sie muss vor allem die Schwächsten schützen. Ohne das wird die Finanzierung der Klimapolitik nur ein großer Schwindel sein. Sie muss auf der Basis von sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter beruhen, auf Nichtdiskriminierung. Unsere Aufgabe als GCTA ist es, einen Atlas der Ausgeschlossenen, der diskriminierten Gruppen zu erstellen. Es geht nicht allein um Armut, es geht auch um Menschenrechte, um den Aufbau einer Struktur, die Wirtschaftsdelikte genauso behandelt wie Verbrechen gegen Menschen. Die Zivilgesellschaft gibt den Ausgestoßenen eine Stimme, aber wir sehen in jedem Land, im Norden wie im Süden, dass der Raum für die Zivilgesellschaft schrumpft, deshalb müssen wir den Schwerpunkt auf die Menschenrechte legen. Dann sind auch Armut und Klimakrisenfolgen zu überwinden.



PAUL DIVAKAR NAMALA
ist geschäftsführender
Direktor des »Inclusivity
Project« in New York

Das Gespräch führte Mario Pschera

FREDERIK SCHULZE-HAMANN

Die gemeinschaftliche Ausrichtung auf ein zukunftsfähiges Miteinander ist für Bäuerinnen und Bauern in Hohenlohe seit 1988, dem Gründungsjahr der »Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall« (BESH), die Richtschnur.



Die Agrargemeinschaft packt's: Nachhaltigkeit aus Schwäbisch Hall

Von Beginn an war es ein Kernanliegen dieses Zusammenschlusses selbstbestimmter Bauernhöfe, ökologisch, ökonomisch und sozial zu agieren und eine Landwirtschaft zu betreiben, die Umwelt und Biodiversität schützt, der Bauernschaft über eine dichte Wertschöpfung ein Auskommen schafft, die Agrarkultur erhält und letztlich solidarisch und gemeinwohlorientiert arbeitet.

Das erste Projekt für »Biodiversität, ökonomische Wertschöpfung und Erhalt regionaler Agrarkultur« war die Rettung des Schwäbisch-Hällischen Landschweins, der autochthonen Rasse der Region und ältesten deutschen Schweinerasse, die in den 1980er Jahren infolge der Industrialisierung der Tierzucht fast ausgestorben wäre. Dem Gründer der BESH, Rudolf Bühler, und den anfangs sieben Mitgliedern gelang es mit Aktivitäten rund um den Erhalt der Schweinerasse und einer bis heute auf 1560 Mitgliedsbetriebe gewachsenen Gemeinschaft, auf regionaler Ebene etliche Ziele zu erreichen, die in der UN-Agenda 2030 als Nachhaltigkeitsziele formuliert wurden.

»Keine Armut« (SDG 1), »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« (SDG 8), »Nachhaltige Städte und Gemeinden« (SDG 11), »Nachhaltige/r Konsum und Produktion« (SDG 12), »Klimaschutz« (SDG 13), »Leben an Land« (SDG 15) und »Partnerschaften zur Erreichung der Ziele« (SDG 17): Im Wirkungsraum der BESH wurden diese Ziele bereits früh als Wegmarken gesetzt; an ihrer Umsetzung und Weiterentwicklung wird weiter gearbeitet, u. a. durch robuste, ökologisch arbeitende und zunehmend auf Klimaresilienz ausgerichtete Betriebe.

Ergänzt wird dies seit Jahren durch das Engagement der BESH und ihres Vorsitzenden Rudolf Bühler für die Rechte von Bäuerinnen und Bauern, indigener Gruppen und ländlicher Gemeinschaften im Globalen Süden und Norden. Nachdem Bühler bereits unter dem Schirm der von ihm gegründeten Stiftung »Haus der Bauern« 2016 auf Schloss Kirchberg in Kirchberg an der Jagst eine Akademie für ökologische Land- und Ernährungswirtschaft ins Leben gerufen hatte, wurde 2017 zum Schlüsseljahr für einen Beitrag zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen. Im März 2017 veranstaltete die Stiftung gemeinsam mit Partnerorganisationen auf Schloss Kirchberg und in Schwäbisch Hall die erste eigene internationale entwicklungspolitische Konferenz »Global Peasants' Rights Congress«. Vierhundert Kleinbäuer*innen, Fischer*innen, Hirt*innen, Imker*innen, Vertreter*innen indigener Gemeinschaften, Migrant*innen und Saisonarbeiter*innen, Konsumenten, Nichtregierungsorganisationen, Akademiker*innen, Anwält*innen, Aktivist*innen und Regierungsvertreter*innen aus über fünfzig Ländern nahmen teil und machten auf die Bedeutung lokaler und regionaler Erzeugung von Lebensmitteln und Nahrung agrarökologischer Qualität sowie auf die Notwendigkeit des Schutzes der Rechte von Bäuerinnen und Bauern und indigenen Menschen weltweit aufmerksam. Die Arbeitsergebnisse und die auf dem Kongress verabschiedete »Haller Erklärung zu den Rechten der Bauern« flossen ein in die Arbeit einer UN-Arbeitsgruppe für eine »Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas« (Erklärung über die Rechte von Bäuer*innen und anderen Werktätigen in ländlichen Gebieten). Diese Deklaration

wurde schließlich am 17. Dezember 2018 in der UN-Generalversammlung mit 121 Für-Stimmen, 8 Gegen-Stimmen und 54 Enthaltungen angenommen. Bereits im Juli 2017, bald nach dem »Global Peasants' Rights Congress«, erhielt die BESH den offiziellen Beraterstatus als Nichtregierungsorganisation und damit Sitz und Stimme im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Economic and Social Council, ECOSOC) in New York, Genf und Wien. Der »Global Peasants' Rights Congress« mit seinem Beitrag zur genannten UN-Deklaration und die Mitwirkung der BESH bei den Vereinten Nationen sind ein Schritt zur Erreichung der Agendaziele, zu »Weniger Ungleichheiten« (SDG 10), »Leben an Land«, »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen« (SDG 16) sowie »Partnerschaften zur Erreichung der Ziele«.

Auch wenn die SDGs durch ein solches Engagement allein nicht zu erreichen sind, so zeigt das doch, welche Wirkkraft Bündnisse im ländlichen Raum entfalten können. Der Kongress im März 2017 verdeutlichte allerdings auch, wie stark eine Institution wie die Stiftung »Haus der Bauern« nicht nur auf ideelle und fachliche Partnerschaften, sondern auch auf erhebliche finanzielle Unterstützung angewiesen ist. Die Teilnahme all der Bäuerinnen und Bauern, Aktivisten und Vertreter indigener Gemeinschaften wäre ohne die Finanzpartner schlichtweg nicht möglich gewesen.

Eine wichtige Erfahrung war es, dass sich mit langfristiger, ganzheitlicher und zielgerichteter Arbeit als Gemeinschaft, die ein Thema eint – hier die nachhaltige Landwirtschaft und die bäuerliche Agrarkultur – und die eingebunden ist in ein starkes

Netzwerk, die Umsetzung der SDGs lokal wie global vorantreiben lässt.

Seit 2018 findet an der Akademie für ökologische Land- und Ernährungswirtschaft Schloss Kirchberg jährlich das »World Organic Forum« statt, das an den Schnittstellen bäuerlicher Landwirtschaft, ökologischer Lebensmittelwirtschaft, ländlicher Regionalentwicklung und globaler Entwicklungszusammenarbeit operiert. Es richtet sich mit wechselndem Schwerpunkt an der Agenda 2030 aus. Die Teilnahme Rudolf Bühlers im Namen der BESH am »Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung« 2019 in New York, das jedes Jahr im Juli den Entwicklungsfortschritt bei der Erreichung der Ziele überprüft und Lösungen diskutiert, gab den lokalen Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 2030 und der künftigen Entwicklung des »World Organic Forum« auf dem »Bauernschloss« in Kirchberg ein Gesicht. Mit dem programmatischen Ziel »Localizing SDGs« fungiert das »World Organic Forum« als Begegnungs- und Lernplattform, um die SDGs mit Partnern aus allen Teilen der Welt praxisorientiert zu verankern. Langfristig soll ein globales Netzwerk von Regionen entstehen, in denen die SDGs in einem Prozess von unten verwirklicht werden. Nach pandemiebedingter Absage 2020 und einem komplett digitalen »Forum« im März 2021 konnte erst 2022 an der Akademie die Arbeit mit einem persönlichen Austausch der Teilnehmer*innen fortgesetzt werden.

Das »V. World Organic Forum« 2022 wurde inspiriert von einigen besonderen Persönlichkeiten. Aus Ghana war u.a. der König der Region Akyem Abuakwa, Okyenhene Osagyefuo Nana Amoatia Ofori Panin. Rudolf Bühler, zugleich Präsident von »Ecoland International«, dem Verband für ökologische und klimaresiliente Landwirtschaft der Hohenloher Bäuerinnen und Bauern, hatte in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Partnern aus Ghana vor einiger Zeit begonnen, den zertifizierten ökologischen Landbau in Ghana einzuführen. König Osagyefuo unterstützt das laufende »PartnerAfrica-Projekt« und sieht in der ökologischen bäuerlichen Landwirtschaft viel Potenzial für die SDG-Umsetzung. In einer fulminanten Rede hob er, wie zuvor schon »IFOAM – Organics International« (Internationale Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen), hervor, wieviel besser sich die

SDG umsetzen ließen, würde der ökologische Landbau weltweit zunehmen. Renommiertere Expert*innen wie die Agrarökologin und Umweltaktivistin Vandana Shiva sowie das Umweltwissenschaftlerpaar Ernst Ulrich und Christine von Weizsäcker regten dazu an, sich mit den SDGs auch kritisch zu befassen und zu fragen, welche Politiken und Wirtschaftsmodelle denn in verschiedenen Ländern und Regionen angewendet würden, um z.B. SDG 1 »Keine Armut« und SDG 2 »Kein Hunger« zu erreichen. Eine der zentralen Kritiken: Um Armut und Hunger zu überwinden, würde in einigen Staaten eine Wirtschaftspolitik betrieben, die ausbeuterisch mit den natürlichen Ressourcen umgeht, Natur und Klima belastet und zum Profit von Großkonzernen beiträgt – diese Folgen würden aber gerade erst Armut und Hunger befördern. Zudem stünden sich die SDGs zum Teil gegenseitig im Wege oder es liefen die Bestrebungen zu ihrer Erreichung Gefahr, sich gegenseitig auszubremsen, wenn sie nicht in ganz neue, auf echte Nachhaltigkeit und Suffizienz ausgelegte Wirtschafts- und Wertschöpfungsmodelle eingebettet würden.

Wie stark sich die Bedeutung der einzelnen SDGs teils von Land zu Land und Region zu Region unterscheidet und welche unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen, um SDGs wie »Hochwertige Bildung«, »Geschlechtergleichheit« oder

Die Stiftung Haus der Bauern, die jährlich das »World Organic Forum« auf Schloss Kirchberg veranstaltet, ist eine gemeinnützige und mildtätige Stiftung. Unsere nachhaltigkeitspolitische Arbeit für die Agenda 2030, die Ausrichtung des »World Organic Forum« und die Ermöglichung der Teilnahme von Vertreter*innen der SDG-Projekte aus der gesamten Welt beanspruchen hohe finanzielle Mittel. Für diese Aktivitäten sind wir auf Spender*innen, Sponsor*innen und Zustifter*innen angewiesen. Wenn Sie uns mit Ihrem Beitrag unterstützen möchten oder an einer individuellen Partnerschaft mit dem »World Organic Forum« interessiert sind, wenden Sie sich bitte an:

Frederik Schulze-Hamann
+49 (0) 7954 921 1886
frederik.schulze-hamann@hdb-stiftung.com
<https://akademie-schloss-kirchberg.de/de/>

»Bezahlbare und saubere Energie« zu erreichen, wurde den Teilnehmer*innen des »V. World Organic Forum« in einem zweitägigen Workshop zum Aufbau eines global gültigen Messungs- und Validierungsrahmens bewusst. Die Erkenntnis daraus war: Ein solch standardisiertes Rahmenwerk können wir nicht entwickeln – zu unterschiedlich sind nicht nur die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Realitäten. Auch kulturell gibt es zwischen Gesellschaften und regionalen Gemeinschaften in Indien, Ghana, Tansania, Spanien oder Norwegen sehr diverse Vorstellungen über die Priorisierung von SDGs und ihre Umsetzbarkeit.

Deshalb entschloss sich die Akademie Schloss Kirchberg für eine »methodische Wende«. Das »World Organic Forum« wird zur Austausch-, Lern- und Inspirationsplattform, auf der Bäuerinnen und Bauern, Aktivisten und Experten Best-Practice-Beispiele aus ihren Projekten in Key Notes, Workshops und anderen Formaten vorstellen und ihr Erfahrungswissen teilen.

Zum Schwerpunkt des »VI. World Organic Forum« vom 26.–30. Juni 2023 »Localizing SDGs. Climate Resilience and Global Equity« wurden Klimaresilienz und neue, auf Ressourcenschutz, Biodiversität und ganzheitlichen wirtschaftlichen Wohlstand ausgelegte Modelle regionaler Wertschöpfung und Fragen globaler Gerechtigkeit. Es war wichtig und hilfreich, von Menschen wie Regine Kretschmer, Referentin für ländliche Entwicklung bei Misereor zu erfahren, wie sich die Sicherung der Welternährung und klimaresiliente Formen der Landwirtschaft mit Praktiken bäuerlicher Gemeinschaften in Paraguay möglicherweise auch an anderen Orten bewerkstelligen ließen. Helmy Abouleish von der biologisch-dynamischen Entwicklungsinitiative SEKEM in Ägypten vermittelte mit der Vorstellung des »Economy of Love«-Standards, als Rahmen für die Schaffung wirtschaftlichen Mehrwerts für Bäuerinnen und Bauern, Klimaresilienz und Naturschutz, neue Erkenntnisse, wie sich nachhaltig Veränderung gestalten lässt. Ein anderes Beispiel gaben Johanna Zellfelder und Sigrid Griese von der Bioland Stiftung. Im Workshop zum Projekt »Emissionen kompensieren & Klimaschutz in der Landwirtschaft: ein neuer Klimafonds für Bäuerinnen, Bauern und Unternehmer*innen«, das die Stiftung gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL) betreibt,

zeigten sie, wie sich Klimaschutz, nachhaltiger Konsum und Produktion, Leben an Land und menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum im Umfeld landwirtschaftlicher Betriebe erreichen lassen. Der Austausch in den Workshops, bei Podiumsdiskussionen und beim gemeinsamen Essen an der langen Speisetafel ermöglichte die Weitergabe von handfestem Erfahrungswissen zur Erreichbarkeit der SDGs und die Weiterentwicklung des Netzwerks von Teilnehmer*innen aus so vielen verschiedenen Regionen. Dies zeigt, dass das World Organic Forum in einem fruchtbaren, wenn auch, global gesehen, nur begrenzten Umfang zur Verankerung der Agenda 2030 in Leben und Wirtschaft beiträgt. Konzeptionell hat sich die Konferenz dahin entwickelt, dass Zugänge, Methoden, Lösungsansätze und Bewertungen zur lokalen Verankerung der SDGs eher über die Vorstellung der unterschiedlichen Best-Practice-Beispiele vermittelt werden als über die Entwicklung eines standardisierten Mess- und Bewertungsrahmens, der die Vielfalt der Zugänge zu den SDGs nicht adäquat berücksichtigen könnte.

Der Stand bei der Erreichung der SDGs ist schlecht. Die Herausforderung, bis 2030 auf internationaler wie nationalstaatlicher Ebene vorankommen und katastrophale Realitäten wie den Welthunger, Biodiversitätsverlust, Kriege und Konflikte sowie die Klimakrise endlich überwinden zu müssen, trübt auf gewisse Weise den Enthusiasmus von BESH, Akademie und Stiftung. Zugleich sind es aber immer wieder die persönlichen Begegnungen mit Vertreter*innen verschiedener Regionen, der vertiefte fachliche Austausch und das Kennenlernen vieler erfolgreicher lokaler Projekte und Initiativen zur Umsetzung der SDGs, die Mut machen. Die Bauernorganisation und die Stiftung haben weiterhin die Hoffnung, dass von kleinen Bündnissen im ländlichen Raum bis 2030 noch so manche Inspiration und manches Erfolgsmodell ausgehen wird, welches auch auf hoher institutioneller Ebene, bei den UN-Mitgliedsstaaten Druck und Anstoß für Veränderung auslösen wird. Es sind genau diese Erfolgsbeispiele aus den am World Organic Forum teilnehmenden Regionen, die die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall in ihre Beiträge und Forderungen auf »Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung« einfließen lässt. Seit 2022 gibt der Beraterstatus im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

hierfür eine weitere Möglichkeit. Die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall ist neben IFOAM – Organics International, der World Farmers Organisation (Weltbauernverband), Canadian Federation of Agriculture (Kanadischer Bauernverband) und der pakistanischen NGO Roots for Equity Mitglied in der sogenannten Farmers Major Group (FMG) beim »Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung«. Major Groups bieten die Möglichkeit, nach Themen und gesellschaftlichen Interessen gebündelt politische Forderungen einzubringen und Vorschläge – bei der FMG aus landwirtschaftlicher und bäuerlicher Sicht – zu machen. Bündnisse für nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum schmieden die BESH und die Akademie Schloss Kirchberg also auch regelmäßig im globalen Rahmen, und sie werden trotz aller Widrigkeiten weiter versuchen, bis 2030 energisch zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Stellvertretend für die BESH und ihren Vorsitzenden Rudolf Bühler war es dem Autor dieses Artikels zuletzt im Juli 2023 möglich, mit einer mündlichen Stellungnahme im »High-Level segment« des Wirtschafts- und Sozialrats im UN-Hauptquartier die Stimme der Hohenloher Bäuerinnen und Bauern einzubringen. So hat die Organisation alle anwesenden Regierungsvertreter*innen, UN-Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen aufgefordert, sich in ihren Staaten und Gemeinschaften für wirtschaftliche Anreize für Bäuerinnen und Bauern einzusetzen, die mit ökologischer Landwirtschaft CO₂ speichern, das Klima schützen und die Biodiversität bewahren. Dies wäre nach Ansicht der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall und der Stiftung Haus der Bauern ein wirksames Mittel zur Entfaltung einer Dynamik, durch die sich viele SDGs mit hoher Erfolgsaussicht lokal erreichen ließen.



FREDERIK SCHULZE-HAMANN ist Referent für Politische Ökologie, Bildung und Strategische Entwicklung an der Akademie Schloss Kirchberg – Stiftung Haus der Bauern

HERAUSGEBER:

SODI e.V.
Am Sudhaus 2 | 12053 Berlin
Tel.: (030) 920 90 93-0 | Fax - 29
info@sodi.de | www.sodi.de

V.I.S.D.P.: Anna Goos
REDAKTION: Mario Pschera
GESTALTUNG: Loki Graphik

DRUCK: Bösmann Medien
und Druck GmbH & Co. KG
DRUCKMANAGEMENT: Sievert
Druck & Service GmbH

WEITWINKEL ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

AUFLAGE: 1.100
ISSN: 2627-4973



REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
10. Oktober 2023

Die hier dargestellten Positionen sind die der Autor*innen oder Interviewpartner*innen und geben nicht zwingend den Standpunkt der Herausgebenden und/oder Fördernden wieder.

SODI ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich – kritisch sowie politisch und konfessionell unabhängig – für Gleichberechtigung in der Welt einsetzt.

SODI steht für Solidarität: Gemeinsam mit Initiativen und Organisationen des Globalen Südens engagieren wir uns für die Emanzipation der Menschen und stärken ihre aktive Teilhabe. Unsere Projektarbeit im Ausland verbinden wir mit unserer Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland und kämpfen so für einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit.



Spendenkonto:
Solidaritätsdienst International e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE37 3702 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER

Spenden Sie auch bequem online:
www.spenden.sodi.de

Mit freundlicher Unterstützung
der Stiftung Nord-Süd-Brücken



und der Landesstelle für
Entwicklungszusammenarbeit – Berlin



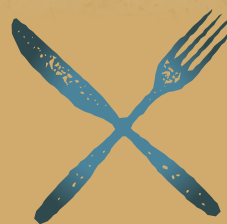
Mitglied im Bündnis:





HI[STORY] OF FOOD

UNSERE NAHRUNG UND IHRE GLOBALE BEDEUTUNG



Essen ist politisch! Deshalb blickt SODI auf die grenzüberschreitende Lebensmittelproduktion und fördert ein perspektivreiches Lernen.

SODIs entwicklungspolitisches multimediales Bildungsprojekt »Hi[story] of Food« macht verborgene Perspektiven sichtbar und zeigt auf, dass unsere täglichen Lebensmittel keineswegs selbstverständlich sind. Mit unserer neuen Projektreihe »More Stories of Food – Globale Zusammenhänge auf dem Teller« berichten wir über die Migrationsgeschichte von Pflanzen, die durch koloniale Ausbeutung geprägt ist und sich noch heute in ungerechten Lieferketten sowie Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen im Globalen Süden wiederfindet und weiterexistiert.

Die »Hi[story] of Food«-Wanderausstellung mit begleitendem Workshop- und Videoangebot öffnet Schüler*innen und allen Interessierten einen machtkritischen Blick auf unsere heutigen Essgewohnheiten und regt zum Nachdenken über alternative Handlungsmöglichkeiten an.

Die Ausstellung können Sie an folgendem Ort besuchen und die begleitenden Workshops buchen:

13. November – 18. November 2023

Berliner entwicklungspolitisches Bildungsprogramm (benbi) bei FEZ-Berlin
(Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide), Straße zum FEZ 2, 12459 Berlin

28. November 2023

Klimazukunftskonferenz im Zeiss-Großplanetarium,
Prenzlauer Alle 80, 10405 Berlin

Holen Sie sich jetzt das
kostenfreie Bildungsangebot!
www.historyoffood.de



Für Fragen und weitere Informationen kontaktieren
Sie uns jederzeit gern: globaleslernen@sodi.de